

POLITIK & GESELLSCHAFT

KANTIG - KRITISCH - PERSÖNLICH



Pressefreiheit? Narrenfreiheit!

„Niemand ist mehr Sklave, als der sich für frei hält, ohne es zu sein.“*

Als wir im Deutschunterricht in der 7. oder 8. Klasse zum ersten Mal Zeitungsartikel unter die Lupe genommen haben, kam das einer Art von Einweihung gleich. Bislang hatte man sich am Kiosk eher für das Mickey-Mouse-Magazin oder Fußball-Sammelkarten interessiert. Die schwarzweißen Druckerzeugnisse mit den eng beschriebenen Seiten waren einem noch wie fremde Artefakte aus der Erwachsenenwelt vorgekommen. Nun lagen die Ehrfurcht einflößenden Blätter vor uns und es galt herauszufinden, warum Lehrer und Eltern dieses raschelnde Papier mit einer solchen Hochachtung behandelten, als fände sich darin irgendetwas Heiliges. Als bald erfuhren wir den Grund für die Verehrung, die der Zeitung von den Erwachsenen entgegengebracht wurde: Sie enthielt die Wahrheit.

Das in ihr Kundgetane stammte, so wurde uns beigebracht, von gewissenhaften Journalisten, die alles Menschenmögliche getan hatten, um dem Leser ein von aller Verfälschung, Parteilichkeit und Lügenhaftigkeit gereinigtes Bild der ungeschminkten Wirklichkeit zu vermitteln. Die Zeitungsmacher hielten dabei die allerstriktesten Qualitätsstandards ein, damit die informationsbedürftigen Zeitungsläser, also wir, auch ja nicht zu befürchten bräuchten, sie bekämen da etwas irgendwie Vorgekauftes oder Zusammengemanshtes aufgetischt. Was da so alles in der großen weiten Welt vor sich gehe, das könne ein Einzelner alleine gar nicht überblicken – und eben deshalb gebe es die Qualitätsmedien, die uns zuverlässig Bericht erstatteten von den vielen Geschehnissen, die sich auf dem Erdball so zutragen. Also fleißig Zeitung lesen, wenn ihr Bescheid wissen wollt! Und noch ein weiterer Tipp wurde uns mit auf den Weg gegeben: Gütesiegel jeder vertrauenswürdigen Berichterstattung sei die Neutralität des sprachlichen Ausdrucks; wer wertende Adjektive oder emotional aufgeladene Wörter in die Texte schmuggele, der

gehöre nicht zu den guten Journalisten, nein, der versuche, zu manipulieren! Als wir dann selbst ein paar Artikelchen im Zeitungsstil verfassen sollten, da war es tatsächlich gar nicht so leicht, selbst die einfachsten Sachverhalte so zu schildern, dass man nicht unwillkürlich doch eine persönliche Meinung oder eine unangebracht einseitige Formulierung miteinflacht. Eine hohe Kunst, der sich die Journalisten da widmen!

Wie so vieles, was ich in der Schule – dieser „Geistesvernichtungsanstalt“ (Thomas Bernhard) – gelernt hatte, erwies sich auch jener Ratschlag als falsch, dass man sich durch tüchtiges Zeitunglesen selbst zum mündigen Bürger erziehen könne. Vielmehr glaube ich heute, dass es sich genau umgekehrt verhält: Wer, um auf dem Laufenden zu bleiben, ausschließlich Zeitung liest, ob gedruckt oder online, der schlittert geradewegs zurück in die eigene Unmündigkeit. Oder um es in den Worten Thomas Jeffersons auszudrücken: „The man who reads nothing at all is better educated than the man who reads nothing but newspapers“. Es lässt sich sogar wissenschaftlich beweisen, dass deutsche Medien ihrem Anspruch, „weltanschaulich ungebunden“ (SZ.de) zu sein, durchaus nicht gerecht werden, sondern in ihrer Berichterstattung das Gebot eines sachlichen Sprachstils in geradezu systematischer Weise verletzen. Die Bachelorarbeit „Tendenziöse Attributierung in deutschen Printmedien: Putin vs. Obama – eine linguistische Analyse“ von Mirjam Zwingli hat anhand einer Auswahl von 80 Artikeln aus der FAZ und der SZ die im Zusammenhang mit Putin und Obama verwendeten Adjektive und Adverbien vergleichend gegenübergestellt. Bei Putin bedienten sich die Autoren eines durchweg negativ besetzten Vokabulars, wie etwa: zynisch, harsch, machtpolitisch, konfrontativ, rau, drohend, erzürnt, finster, feindselig. Obama hingegen bedachte man mit salbungsvollen Beiworten wie: engagiert, konziliant, begeistert, frentisch begrüßt, hoffnungsvoll, gelobt und ent-

schlossen. Eine linguistische Analyse deutscher Printmedien belegt also, dass Sprache von den „Qualitätsmedien“ manipulativ eingesetzt wird, um politische Führungspersönlichkeiten in einem bestimmten Licht zu zeichnen, fast so, als handle es sich bei ihnen um Romanfiguren, von denen der eine als Held und der andere als Bösewicht ausgewiesen werden müsse.

Merkwürdig, dass der US-Präsident dabei so gut wegkommt. Führt man sich vor Augen, welche Schandtaten unter seiner Ägide begangen wurden, fielen einem für Obama noch deutlich düsterere Charakterisierungen ein als die Putin angedichteten: Man denke nur an die von Obama, dem Commander in Chief, persönlich unterzeichneten Aufträge zur „gezielten“ Tötung per Drohne, durch die im statistischen Durchschnitt einer höheren Anzahl unbeteiligter Zivilisten das Leben geraubt als Terroristen um die Ecke gebracht werden. Ist das „zynisch“? Oder was ist mit den amerikanischen Waffenlieferungen an die – später zu ISIS mutierten – „moderaten Islamisten“, die um jeden Preis unterstützt werden sollten, nur um die syrische Regierung unter Assad zu Fall zu bringen? Ist das „konfrontativ“? Ganz zu schweigen von den amerikanischen Folterknästen auf Guantanamo, wo aufsässige Insassen in schwarzen Jeeps ohne Nummernschilder zum Henker geschafft und lebensmüde Gefangene unter schwersten Qualen zwangsernährt werden. Ist das „finster“? Nein, das ist mehr als nur finster: „Das sind die Keller, darauf die stolzen Schlösser der Tyranis sich erheben und über denen man die Wohlgerüche ihrer Feste sich kräuseln sieht: Stankhöhlen grauenhafter Sorte, darinnen auf alle Ewigkeit verworfenes Gelichter sich an der Schändung der Menschenwürde und Menschenfreiheit schauerlich ergötzt. Dann schweigen die Muren, und die Wahrheit beginnt zu flackern wie eine Leuchte in böser Wetterluft“ (Ernst Jünger, „Auf den Marmorklippen“).

Die tendenziöse Attributierung in deutschen Printmedien kann schlechterdings nicht bloß ein Kunstfehler schlampig arbeitender Journalisten sein, denn: „Though this be madness, yet there is method in it“ (William Shakespeare). Unvergessen auch ein Artikel aus der ZEIT, erschienen am 30. Oktober 2011, kurz nachdem der Libyenkrieg „beendet“ worden war, d.h. nachdem schätzungsweise 30.000 Zivilisten dem ausgiebigen NATO-Bombardement zum Opfer gefallen waren und das nunmehr in die Steinzeit zurückgekehrte Land seinem Schicksal als „failed state“ überlassen wurde. „Dieser Krieg war gerecht“ konnte man da als Überschrift lesen. Juchhe, der gerechte Krieg, es gibt ihn doch! Wiederum musste ich, als ich fassungslos und wutentbrannt diesen Artikel las, an Lektionen aus dem Schulunterricht denken. Nämlich an den Geschichtsunterricht, als Quellenanalyse auf dem Programm stand und wir uns mit Propagandatexten befassten. Allerdings hatte ich seinerzeit noch nicht gehaut, wie unverblümt auch in der Gegenwart Propaganda betrieben wird. Heute weiß ich: Kriegshetze ist kein Relikt aus der Vergangenheit, sondern eine Realität von heute. Auch wenn wir in der Festung Europa die fernen Kriege nur als mediale Traumbilder kennen, sollten die Worte des Brigadegenerals a. D. Dr. Heinz Loquai uns doch Anlass zum Nachdenken geben: „Kriegsopfer Sprache - Nicht die Rotationsmaschinen sind es, die in der Vorkriegszeit wirken, sondern es ist die Sprache. Krieg beginnt nicht erst, wenn geschossen wird und Bomben fallen. Zunächst wird immer eine Sprache für den Krieg erfunden, eine Sprache in der christlichen Dichotomie des [...] Gut gegen Böse [...] [.] Präsident Bush [...] ersann also seine ‚Achse des Bösen‘. Sobald eine solche hysterische Sprache erfunden ist übernehmen alle dieses Vokabular, ohne die Folgen zu bedenken“. Eine Militarisierung der Sprache, wie sie sich vielfach in der außenpolitischen Be-

Fortsetzung auf Seite 2

Editorial

Dear Readers,

The fourteenth edition of our student-run newspaper deals with, among others, two subjects which have heavily moved especially the Western world over the past few months: the "Charlie Hebdo" shootings on 7 January 2015 in Paris, and "PEGIDA" anti-islam / anti-immigration demonstrations in Germany having made it to the news since late 2014. The latter, support for whom has faded on German streets, have, nonetheless, only recently been "exported" to other European countries such as Austria and the UK ("Pegida UK"). The effects of both, "Charlie Hebdo" and "PEGIDA", linger on. There are

underlying questions which need to be tackled by our generation as well.

Interestingly, all our authors dealing with the Paris shootings come from Colombia. Although thousands of kilometres away the attack and the following reactions by politicians, by the media, but also by ordinary internet users seem to have stirred up discussions in South America. We are very thankful to get the unique opportunity to learn about what fellow students from Bogotá think about "Charlie". Likewise interesting are this issue's opinions regarding PEGIDA and similar movements. Being critical altogether, some of our authors have approached this subject from a rather personal standpoint. Others

have analysed the issue in a rather scientific manner. Further articles deal with a variety of subjects such as feminism, TTIP, social commitment, and the prohibition of sexual intercourse between siblings in Germany.

This is PuG's second edition which realises our new concept of an original national and international students' newspaper – made uniquely by those who read it. It may be too early to celebrate; however, our concept does seem to work. Consequently, we are very proud to present to you exciting contributions not only from students at Bucerius Law School; written contributions have also reached us from other universities such as Mannheim, Leipzig and Kiel. Moreover, this

issue features articles not only from Germany and Colombia, but also from Israel and the United States – which makes us very happy. We are very much hoping that you will enjoy all of them – and if you don't: Do it better! ;-)

Thank you very much to all contributors – authors and artists!

The Editors' Team

"Politik & Gesellschaft" / "PuG" - The only real students' newspaper?!

Yes, PuG is different! PuG is combining internet-age sharing, posting, commenting features with an old-school newspaper style. PuG disarranges the classical roles of "writers" and "readers" – here Readers are Writers and Writers are Readers. Confusing? A little, but not too much! PuG sees itself as a forum for students' thoughts and feelings about current political and societal issues – and as a gallery for your pieces of art. We want to make you heard. In exchange we expect from you to deal responsibly with the publicity we offer to you. The Editors' Team, made up by students, guides and supports you in sharing your ideas and thoughts as students – young people who have chosen to spend years of their lives studying, i. e. learning about the world in order to change it. Hence, PuG is the only real students' newspaper.

HOW TO CONTRIBUTE?

If you are interested in contributing or getting any further information on PuG, please get in touch: politik-gesellschaft@law-school.de. Written contributions should be handed in Microsoft Word .doc or compatible format, and be no longer than 2.000 words; pictures should be in .jpeg format.

WHEN TO CONTRIBUTE?

Submission deadline for articles, photos or pieces of art you would like to have published in PuG's fifteenth edition will be: Sunday, 31 May 2015.

Fortsetzung von Seite 1

richterstattung deutscher Leitmedien nachweisen lässt, ist also nur die Vorstufe eines letztendlich mit Waffengewalt ausgetragenen Krieges. „Et in Arcadia ego“.

Mittlerweile informiere ich mich größtenteils über das Internet: globalresearch.ca, landdestroyer.blogspot.de, 21stcenturywire.com, rt.com. Ich habe es satt, auf den Internetseiten der großen deutschen Tageszeitungen über die Vorgänge im Dschungelcamp unterrichtet zu werden, während etwa hochinteressante Enthüllungen in Sachen NSU von der Presse pauschal als „Verschwörungstheorie“ abgetan werden. So leakt zum Beispiel der von den Medien kaum beachtete Blogger Fatalist ihm zugespielte BKA-Ermittlungsakten, aus denen unzweideutig hervorgeht, dass die offizielle Version vom Tathergang des angeblichen Doppel-Selbstmords der beiden NSU-Uwes nicht stimmen kann: Am Tatort lagen nämlich zwei Hülsen aus der abgefeuerten Schrotflinte auf dem Boden, obwohl für jede Entleerung des Laufes noch einmal durchgeladen werden muss. Sprich: Nachdem Uwe Böhnhardt erst seinen Kompagnon und dann sich selbst erschossen hatte, muss, wie von Geisterhand, noch ein Nachladevorgang stattgefunden haben, um die zweite Patrone aus dem Lauf auszuwerfen. Oder war da doch ein dritter Mann? Was ist plausibler?

Jedem, der jetzt abwinkt, weil das ja doch alles „Verschwörungstheorie“ sei, dem sage ich: Ja, das ist „Verschwörungstheorie“, genauso wie jede gründliche forensische Arbeit der Polizei „Verschwörungstheorie“ ist, solange bis das Verbrechen aufgeklärt und als Verschwörungspraxis aufgedeckt worden ist. Ja, ich bin Verschwörungstheoretiker und ich

bin damit in guter Gesellschaft. Verschwörungen sind real; historische Begebenheiten wie die Ermordung Julius Caesars oder John F. Kennedys hängen mit dem konspirativen Wirken bestimmter Gruppen zusammen und auch in der deutschen Geschichte gibt es einen bedeutenden geschichtlichen Präzedenzfall für die Triftigkeit verschwörungstheoretischen Denkens: Kein geringeres Ereignis - man staune - als den Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, bei dem die Anklage – auf Verschwörung lautete! Wenn also der französische Chefankläger Auguste Champetier de Ribes in seinem Abschlussplädoyer Folgendes vorträgt: „Das wahre Verbrechen dieser Männer war das Ersinnen eines Planes zur Erlangung der Weltherrschaft sowie der Versuch, dieses Vorhaben um jeden Preis umzusetzen“, ist das dann das wirre Gerede eines Verschwörungstheoretikers? Oder nicht doch die traurige Lehre, die aus einer geschichtlichen Entwicklung gezogen werden musste, von der sich im Nachhinein jedermann überrumpelt fühlte und die im entscheidenden Moment allzu vielen als zu monströs erschien, als dass das gewaltige Verbrechen, das unter aller Augen begangen wurde, als solches auch erkannt worden wäre? Aus dem Nürnberger Prozess ließe sich geradezu eine journalistische Pflicht ableiten, konsequent verschwörungstheoretisch zu denken. Als Vollstreckern einer wahrhaftigen vierten Gewalt obläge es investigativen Journalisten die Ränkespiele des tiefen Staates offenzulegen, bevor sich namenlose Mächte im Geheimen zu einer erneuten Machtergreifung konsolidiert haben.

Alles Hirngespinnste? Keineswegs. Blicken wir noch einmal auf den NSU-Komplex, so

bietet sich uns das Bild dreier konvergenter Staatsaffären, die sich wie Puzzleteile zusammenfügen: Das eine Puzzleteil ist die Terrorzelle des NSU selbst, bei der es, wie schon bei der RAF 30 Jahre zuvor, eindeutige Hinweis darauf gibt, dass es sich um ein Geschöpf des Verfassungsschutzes handelt. Nicht zuletzt verwundert die systematische Aktenvernichtung in deutschen Innenministerien und Verfassungsschutzbehörden unmittelbar nach dem Aufliegen des Terror-Trios, für welche die deutsche Presse in schönem Gleichklang die euphemistische Sprachregelung „Pannenserie“ gefunden hat. Das nächste Puzzleteil ist die Causa Edathy, bei dem es sich ja nicht nur um einen mutmaßlichen Pädophilen handelt, sondern eben auch um den Vorsitzenden des seinerzeit zum NSU tagenden Untersuchungsausschusses des Bundestages. Wie ließe sich besser Einfluss auf die Arbeit dieses Gremiums nehmen als an seine Spitze einen erpressbaren Kinderpornofreak zu setzen? Aber solchen Zusammenhängen nachzuspüren, grenzt ja an Paranoia, lieber wartet man das Ergebnis des neuen Untersuchungsausschusses zum einstmaligen Untersuchungsausschuss-Vorsitzenden ab, ganz nach dem Motto: „Quis custodiet ipsos custodes?“. Drittes Puzzleteil: Michael Hartmann, der „im Herbst 2013 in geringer eigenverbrauchsüblicher Menge“ Crystal Meth konsumiert hat, um den enormen Workload zu bewältigen, dem man als Mitglied des PKG, des Parlamentarischen Kontrollgremiums zur Überwachung der Geheimdienste, eben so ausgesetzt ist. Eben dieser Meth-User, der an einem neuralgischen Punkt des deutschen Geheimdienstwesens saß, soll nun Edathy, nach dessen eigener Auskunft, vertrauliche Informationen aus BKA-Kreisen zugeschanzt, d.h. ihn vor-

gewarnt haben, dass sein Name auf einer Liste von Kunden eines einschlägigen kanadischen Kinderporno-Lieferanten aufgetaucht sei. Fazit: Etwas ist faul im Staate BRD! Aber welcher deutsche Spitzenjournalist nimmt es auf sich, in dieses Hornissennest schmutziger Geheimnisse zu stechen? Wo bleibt die große Titelgeschichte, die die Mächtschaften der Mächtigen an die Öffentlichkeit bringt? Oder stecken die Presseleute unter einer Decke mit denen da oben? Will man keine falsche Indiskretion begehen, die einem den Weg zum Posten des Chefredakteurs verbauen könnte? Steht die Karriere inzwischen über der Wahrheit? Ich habe meinen Glauben an die Rechtschaffenheit der Presse jedenfalls noch nicht gänzlich verloren und hoffe, dass in Zukunft den Zeitungen wieder dieser Zauber der Wahrhaftigkeit entströmt, der auf mein kindliches Gemüt einen solchen Eindruck machte. In diesem Sinne: „Darum fürchtet euch nicht vor ihnen. Es ist nichts verborgen, was nicht offenbar wird, und nichts geheim, was man nicht wissen wird“ (Matthäus 10.26).

Danilo Flores

*Das Eingangszitat ist von Johann Wolfgang von Goethe.

POLITIK & WIRTSCHAFT

Yo no soy Charlie.

Una postura de los ataques de Charlie Hebdo desde Colombia.

Han pasado ya más de quince años desde que Eduardo Galeano escribió "Patatas Arriba. La Escuela del Mundo al Revés", una triste radiografía del mundo contemporáneo escrita a modo de sátira; es de esas cosas que lo ponen a dudar a uno entre reír y llorar. Una de las cosas que más me llama la atención de este libro es la manera como Galeano pinta a la industria de la comunicación: "Ya no es necesario que los fines justifiquen los medios. Ahora los medios, los medios masivos de comunicación, justifican los fines de un sistema de poder que impone sus valores en escala planetaria", narra un aparte de su libro. Elegí esa cita de Galeano para este artículo porque describe perfectamente toda la parafernalia que se desató después de los atentados del 7 de enero del 2015 en París, contra el semanario Charlie Hebdo, que es el tema del que quiero hablar.

Al poco tiempo de los ataques de Charlie Hebdo, los medios masivos de comunicación, y por medios masivos de comunicación me refiero a Facebook y a Twitter, se inundaron de indignación y sus usuarios no tardaron en cambiar su foto de perfil por una imagen con el lema "Je Suis Charlie", Yo Soy Charlie- producida por el mismo diario como forma de protesta contra los ataques del 7. Las personas que usan estas redes de socialización sabrán de qué hablo. Debo confesar que yo mismo casi caigo en la ola del Je Suis Charlie, pero no tenía tan claro qué era el tal Charlie Hebdo, así que decidí investigar un poco sobre el diario. Y entonces me encontré en internet varias portadas en las que el semanario satiriza algunas de las religiones. La segunda portada que se muestra en este enlace <http://tinyurl.com/qcbb312>, en la que sale un miembro de ISIS decapitando a Mahoma, me hizo cambiar de parecer. No porque ame a Mahoma ni porque sea de los que cree que las religiones son intocables, porque si algo es cierto es que todas ellas tienen ingredientes que merecen ser reevaluados y cuestionados, empezando por la católica; tampoco porque crea que la fe sea sagrada: es sagrada para los que la profesan, que son quienes saben qué es la fe, así como también lo que es sagrado y lo que no. Lo que me indignó fue que la imagen sembraba una idea errónea de la realidad. Por un lado, pinta al musulmán como un terrorista decapitador, reproduciendo así el estereotipo, ya gastado, que nos incita a imaginar al practicante musulmán como un potencial militante islamista que va cortando cabezas por el mundo sin dársele nada y, por otro, que envía un mensaje amenazante a las personas musulmanas: les pone a su profeta arrodillado, a punto de ser decapitado, acompañado de un texto que dice "Soy el profeta, estúpido" El otro le responde "cierra la boca, infiel". Más que una caricatura sugestiva, un tiroteo que dejó varios muertos y todo un debate en torno a la libertad de expresión, este tema involucra otras esferas más complejas de las que nadie ha querido hablar.

Hace unos años, Francia estaba dedicando todo su aparato político a la producción de una ley que restringiera el uso de la burka en las calles, y lo logró, censurando así la expresión identitaria-religiosa de algunas mujeres musulmanas y, hoy por hoy, pide a gritos que se respete la libertad de expresión

de un diario. Eso no me suena muy acorde a los tres principios de libertad, igualdad y fraternidad. ¿O a ustedes sí? Al contrario, se me parece más un claro reflejo de lo que dice Galeano: valores imperantes en escala planetaria, justificados por medio de aparatos institucionales poderosos, que dictan que la sátira franco-burguesa debe tener libertad de expresión, pero que censuran el uso de una prenda para algunas mujeres musulmanas. Y no es que a mi me encante el uso de la burka; por el contrario, pienso que es una práctica socio-cultural que debe ser sometida a revisión por parte de los practicantes ortodoxos del Islam, a quienes les va cogiendo la noche con la tarea de buscar reconocimiento y participación de las mujeres en materia social y política.

Hipocresía en bandeja de plata es lo que venden los franceses indignados ante los medios: se hacen llamar un país multicultural pero, tanto la ley dirigida únicamente a prohibir una práctica cultural, como la sátira malintencionada y estigmatizadora de un grupo específico, me llevan a pensar que detrás de ese velo, lo que hay es racismo y xenofobia puros, tan reprochables como los tiroteos del 7 o como las decapitaciones de ISIS.

No quise ser Charlie y no cambié mi foto. No quise apoyar esa ola polarizada porque pienso que las caricaturas de ese diario hacen parte de todo un gran aparato ideológico que lo que busca es atacar una identidad cultural que cuenta con muy baja representación política en ese país. A la larga, Charlie Hebdo no se diferencia tanto de sus atacantes; el primero logró, a través de la representación gráfica de una interpretación única y específica del Islam, sembrar odio y repudio hacia todas las personas musulmanas. Los segundos cometieron asesinatos en nombre de un dios. Ambos supieron utilizar la religión como vehículo de guerra.

Más de quince años han pasado ya desde que Galeano escribió esas palabras, y el mundo sigue caminando, sobre las manos, con la sangre en la cabeza y patas arriba. Desorientado. Al revés.

Sebastián Lanz
- Universidad de los Andes, Bogotá -

Publicación original: PARCES
<http://www.parces.org/yo-no-soy-charlie/>

Warum ich mich der weltweiten Solidaritätswelle entzogen habe.

Vor mehr als fünfzehn Jahren veröffentlichte Eduardo Galeano „Patatas arriba. La Escuela del Mundo al Revés“, eine traurig-satirische Bestandsaufnahme unserer modernen Welt, die den Leser unter Lachen und Weinen zum Nachdenken bringt. Vor allem die Art und Weise mit der Galeano die moderne Medienindustrie skizziert stach mir ins Auge: „Der Zweck muss nicht mehr die Mittel heiligen. Nunmehr rechtfertigen die Mittel, nämlich die Massenmedien, die Ziele eines „Herrschaftssystems“, das seine Werte als weltweiten Maßstab setzt.“ Dieses Zitat beschreibt hervorragend das Spektakel, das nach den Attentaten auf das Wochenmagazin „Charlie Hebdo“ am 7. Januar 2015 in Paris ausbrach und das ich zum Thema dieses Artikels machen möchte.

Kurze Zeit nach dem Attentat auf „Charlie Hebdo“ flutete eine Welle der Empörung Facebook und Twitter und die Nutzer ersetzten kurzerhand ihr Profilbild durch den Protestslogan „Je suis Charlie“. Ich muss zugeben, dass ich selbst beinahe von der „Je suis Charlie“-Welle mitgerissen worden wäre. Allerdings hatte ich keine genaue Vorstellung von „Charlie Hebdo“ und entschied mich deshalb zunächst ein wenig nachzuforschen. Bei meiner Suche im Internet stieß ich auf mehrere Titelseiten, auf denen das Satiremagazin Religionen verspottet. Aufgrund des zweiten Titelbildes, das man unter folgendem Link <http://tinyurl.com/qcbb312> findet und in dem Mohammed durch ein Mitglied des ISIS enthauptet wird, änderte ich meine Meinung. Weder weil ich Mohammed liebe, noch weil ich zu denen zähle, die Religionen für unantastbar halten. Denn wenn etwas gewiss ist, dann, dass man allen Religionen – angefangen beim Christentum – nur gerecht wird, wenn man bestimmte Elemente hinterfragt und neu bewertet. Ich bin auch nicht der Auffassung, dass der Glaube heilig sei. Er ist heilig für seine Anhänger, welche

Die Thematik erschöpft sich nicht in einer manipulativen Karikatur, eine Schießerei mit mehreren Toten und einer Debatte über die Meinungsfreiheit, sondern weist andere komplexere Ebenen auf, über die bis jetzt niemand sprechen wollte.

Vor einigen Jahren verwand Frankreich seine gesamte politische Energie auf den Erlass eines Gesetzes, welches das Tragen einer Burka auf der Straße verbietet und damit einige muslimische Frauen im Ausdruck ihrer religiösen Identität beschneidet. Derzeit verlangt dasselbe Land lautstark nach Respekt für die Meinungsfreiheit eines Satiremagazins. Dieses Verhalten steht für mich nicht gerade im Einklang mit den drei Prinzipien Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Für Sie schon? Im Gegenteil, es wirkt auf mich, als würde sich darin die These Galeanos spiegeln: weltweit herrschende Werte, die durch mächtige Institutionen gestützt werden, schreiben vor, dass die bürgerliche französische Satire Meinungsfreiheit genießen solle und verbieten zugleich einigen muslimischen Frauen das Tragen eines Kleidungsstücks. Es ist nicht so, als wäre ich ein Anhänger der Burka. Im Gegenteil, ich denke, es handelt sich um eine soziokulturelle Praxis, die durch orthodoxe Praktizierende des Islams überprüft und durchbrochen werden muss. Was die Anerkennung und Miteinbeziehung von Frauen in soziale und politische Belange betrifft, läuft ihnen die Zeit davon.

Den Medien bieten die empörten Franzosen Heuchelei auf dem Silbertablett. Sie bezeichnen sich selbst als multikulturelles Land. Ein Gesetz, das einzig und allein den Zweck verfolgt eine kulturelle Praxis zu verbieten, genau wie eine bössartige Satire, die eine bestimmte Gruppe stigmatisiert, lassen mich jedoch darauf schließen, dass sich hinter diesem Schleier Rassismus und pure Ausländerfeindlichkeit verbergen. Diese sind ebenso verwerflich wie die Anschläge des 7. Januars oder die Enthauptungen des ISIS.

Ich wollte nicht Charlie sein und ich änderte mein Profilbild nicht. Ich wollte die polarisierte Bewegung nicht unterstützen, weil ich glaube, dass die Karikaturen Teil eines großen ideologischen Systems sind, das darauf abzielt, eine kulturelle Identität, die politisch nicht angemessen repräsentiert wird, zu attackieren.

Letztlich unterscheidet sich „Charlie Hebdo“ nicht allzu sehr von seinen Angreifern. Ersterem gelang es, durch die zeichnerische Darstellung eines bestimmten Islamverständnisses Hass und Ablehnung gegenüber allen muslimischen Menschen zu säen. Letztere verüben Morde im Namen Gottes. Beide verstanden es, Religion als Mittel des Krieges einzusetzen.

Mehr als fünfzehn Jahre sind vergangen seitdem Galeano die einführenden Worte niederschrieb und die Welt steht weiterhin Kopf. Orientierungslos. Verkehrt herum.

Sebastián Lanz
- University of los Andes, Bogotá -

Übersetzung: Clara Belting

Dieser Artikel erschien am 18.02.2015 im Blog „parces“:
<http://www.parces.org/yo-no-soy-charlie/>

Lessons and Challenges

Why de-securitizing the discussion concerning immigration and Islam is imperative.

The events perpetrated by Chérif and Saïd Kouachi on the morning of January 7th attest to a decades-long political and social phenomenon which has taken place throughout Western Europe. The „Charlie Hebdo“ shooting was not an isolated incident, but rather a product of the securitization of migration and Islam. Moreover, the aftermath of this tragedy holds important lessons for France and its neighbors, with regards to the intertwining of history, perceptions, and ideas in relation to its political and security agenda. How can we best explain and understand the attack on „Charlie Hebdo“?

Due to its unique experience regarding integration, Western Europe has experienced a deterritorialization of its markets, borders and identity. Political and economic interdependence since the 1950s has generated an unprecedented effort to guarantee the free movement of goods and people. This effort, compounded with considerable levels of economic and social welfare, has made Western Europe a beacon for many people, amongst them Muslims from across the world. Thus, many French, Germans, Belgians and others increasingly reflect a cultural syncretism with their Muslim, African, Asian or Caribbean roots. Pnina Werbner and Tariq Modood even dared to label Europe „a supranational community of cultures, sub-cultures and transcultures“. Nonetheless, existential and conceptual anxieties arose in France and the rest of Europe in response to this process, generating a backlash to multiculturalism.

As with all political and social transformations, opposition was intrinsic. From the fringes of Western European politics and societies, a discourse of fear arose, portraying a clash of civilizations. As a result, immigration (particularly of Muslims from North Africa and the Middle East) has been made a hot-button topic, and society and politicians alike have displaced this topic towards the realm of national security. Throughout the last decade, with the financial and economic

crisis serving as a catalyst, both individuals and political parties have argued that migration and Islam are key areas of attention for intelligence and security agencies, and a concerted effort to provoke Muslims has been underway. This is the point where Front National, „Charlie Hebdo“ and the Kouachi brothers coincide.

On one hand, the Front National is the political pillar of the securitization of immigration and Islam in France, based on an incendiary discourse pointing to Muslim immigrants as a source of threat, not only in economic arenas, but even to concepts central to French identity, such as laïcité (secularism). „Charlie Hebdo“ is a societal form of control, inciting a conversation towards Muslims and immigration from a position of disrespect and intolerance. As a response, the Kouachi brothers were part of the young European Muslims who are disenfranchised by this form of political securitization and societal control towards their faith and ethnic identity, and thus vulnerable to recruitment on the part of organizations who then induced them to commit acts of cowardice and ignorance at their behest. This decades-long process of securitization and marginalization generated the tragic course of events familiar to us all on that January morning in Paris. However, it continues to shape the reverberations after the tragedy, with all kinds of negative implications.

Rather than reverse the securitization of immigration and Islam, the course of events after the „Charlie Hebdo“ shooting has deepened it. Both respected European policymakers (such as ex-Danish Prime Minister and NATO Secretary General Anders Fogh Rasmussen) and academics (such as senior advisor of the „Institut Français des Relations Internationales“ Dominique Moïsi) coincide in their view of the „Charlie Hebdo“ shooting as „the French 9/11“. In conjunction, the defense of the freedom of speech is increasingly called for, but from a security standpoint (as highlighted by the elevation of the French

national security system to the highest level and the deployment of soldiers to places of worship and other public spaces), as „Charlie Hebdo“ has been established as the physical manifestation of freedom of speech and other values of „Western society“, the Kouachi brothers became the physical manifestation of Islam's assault on (and incompatibility with) those values.

To many, the provocateur style of „Charlie Hebdo“ was the embodiment of „Western values“, in which freedom of speech is paramount and absolute. This dichotomous discourse in the following days created a series of negative implications, rooted in a „warped“ version of the „Clash of Civilizations“ thesis.

In the days following the „Charlie Hebdo“ shooting, the security situation across France and its neighbors became increasingly untenable. This deterioration is rooted in the dichotomous speech which pits „Western values“ against „Islam“, as if they are incompatible and antagonistic categories. Rather than engage in a prudent discussion, some policymakers and citizens alike have fanned the flames. Because of concepts similar to those wielded by Rasmussen and Moïsi, there has been a further inciting of anti-Muslim sentiments, resulting in more than fifty-four violent incidents concerning Muslim centers and communities around France. There is an even more troubling manifestation of this identity and conceptual conflict, as an experiment conducted by Le Figaro and Le Monde in schools around Seine-Saint-Denis (a French community with a large proportion of Muslim inhabitants) evidences how young students refused to participate in a moment of silence in homage to the victims of the shooting and how there have been several threats of violence and altercations. The spill-over effects are notable.

Regrettably, the „Charlie Hebdo“ shooting and subsequent division has provided a modus operandi for the new disenfranchised Muslim youth, replicated in the Krudttønden

shootings in Copenhagen, on the 14th and 15th of February. The situation is even direr in Germany, as a Pegida manifestation 25,000-strong was orchestrated as a direct response to the „Charlie Hebdo“ shootings, and a young Eritrean immigrant was murdered, both in Dresden and no less than three days after. How can we prevent more „Charlie Hebdo“s, more Kouachi brothers, more Pegidas, and more Krudttønden shootings?

For the moment, de-securitizing the discussion concerning immigration and Islam is imperative. Breaking the false equivalence between „Charlie Hebdo“ and „Western values“ is fundamental in introducing prudence in the discussion, moving it away from the realm of national security, and denying the Jihadis the recruiting advantage they have been presented with so far. Politics and threats no longer emanate from concepts like sovereignty or territoriality, but from dichotomous ideas, misrepresentations, and disrespectful discussions mired in colonial legacies; they are the conditions which have to be reversed if this impasse is ever to be overcome.

Alex Camilo Duran Montano
- University of los Andes, Bogotá -

Correcting remark by the PuG's editors' team:
The sentence „and a young Eritrean immigrant was murdered, both in Dresden and no less than three days after“ suggests a causal link between Pegida manifestations in Dresden and the young Eritrean's death. However, latest news suggest that there is no such link. There is no reason to believe that Khaled B's death was caused by any sort of right-wing violence. Instead he was presumably murdered by his Eritrean flat mate.

See e. g.: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-01/dresden-fleuchtling-asylbewerber-tod-ermittlungen-haftbefehl/>

Terrorist attack or legitimate defense?

We need to rethink our definition of „terrorism“.

What do we really mean when we speak about a „terrorist attack“? Is it a term that we have established to refer to an attack from people of certain origin or religious convictions?

From a sociological point of view, each society is recognized and ordered according to structures that create cognitive frames of reference. As Pierre Bourdieu has mentioned, once we internalize these structures, they define our forms of perception, action and understanding of the world. Every situation or act that is outside the limits of these structures is seen as a transgression, as something illogical and senseless and, thus, we tend to delegitimize it. This way of understanding the world is not unknown to the international community and the mass media, both of whom classify certain acts as „terrorist“, making it a very popular term within everyday speech. It is no coincidence that events such as the attack on the weekly newspaper „Charlie Hebdo“ are categorized as terrorist acts. These categorizations are the immediate consequence of the way that international re-

lations' language is structured and not every act that involves violence and massacre is intrinsically „terrorism“, but is qualified as such according to subjective criteria.

In the contemporary world, international relations have been read from a western perspective which imposes a clear barrier between religion and politics. Religion has been viewed as irrational, traditional and part of the private sphere, whereas politics and the liberal-capitalist subject are considered secular, rational, civilized, and individualistic. This dichotomous vision of the world is precisely the reason why subjective criteria are used to determine whether something is a terrorist act or not. Quoting again what happened in Paris last month, it is impossible not to condemn the acts committed by a group of Muslims. However, it is necessary to ask why this attack is considered „terrorist“, while other attacks, equally violent and evil, are considered „self-defense“, such as the case of the Israel bombing over the Palestinian civilian population, or the killing of three Muslims students by a person considered atheist in North Carolina on February 10th.

So what are the criteria that are being used to assign to a violent attack the label of „terrorism“? It depends on how much it differs from what Western culture considers rational. A defense with economic or political justification is more acceptable than one with religious arguments, since the latter, according to this logic, is part of the private sphere. Mainly, the Paris attacks did not shock the world because of the casualties, since they happen every day and even in larger proportions, but because of the nature and justification of the act: religion. In other words, even in the West, killing may be legally accepted in some cases such as the death penalty in the United States, or within war („Ius ad bellum“) according to the parameters imposed by International Humanitarian Law. Killing itself is not prohibited, but it is only allowed in some cases: in „rational“ cases, and of course religion is not one of those cases according to western law, while politics are under certain circumstances. There can be no such thing as a universal approach to justify life, or even death, because it depends on the subjectivity of each structure of thought. Clearly, taking some-

one's life is not always categorized as terrorism, despite the grade of violence.

In conclusion, my intention is not at all to defend the killing of people. However we must keep a critical stance vis-à-vis the concept of „terrorism“, and the subjectivity with which this term is used today and make a critical statement on the international discourse about religion. This is also an attempt to avoid that offensive stereotypes are perpetuated, because this has led to a homogeneous view of a religion that goes far beyond its extremist side, creating a dangerous and unjust sentiment of „Islamophobia“.

Gloria Miranda
- University of los Andes, Bogotá -

Charlie Hebdo and Securitization

Why fear is dangerous.

Securitization is a concept coined by Barry Buzan et al. in the 1990s. It describes the process by which an issue becomes a security problem through public discourse. Based on the assumption that reality is not made up of observable objective facts but is perceived and developed in a social process, they argue that security threats are also a social phenomenon. Only by use of specific linguistic devices and by presenting issues in a specific context are politicians or the media able to construct them as security threats. This process is called securitization, it is an extreme version of politicization.

The danger of securitization lays in its ability to mute public debate and allow politicians to justify the use of extreme measures, like enhanced competences for police and security forces, in response to the perceived threat.

The treatment of the recent Charlie Hebdo incident is an example of severe securitization, applied initially before all by the United States and now, by most Western countries, including European ones. The securitized issues, Islam and Islamist terrorists, are presented as existential threats to society and as a reaction, governments call for the use of extraordinary measures, such as enhanced security checks and the erosion of privacy rights. Simultaneously, security issues are considered of such a high priority that they

are above public debate, resulting in very little scrutiny by the media.

It does not come as a surprise therefore that airport security checks in Western countries are comprehensive. Neither is the emergence of a new phenomenon called 'Islamophobia' unexpected; while it can be observed in much of Europe, it has found especially vocal expression in the "Patriotic Europeans Against the Islamization of the West" (or: "PEGIDA"), a German right-wing anti-Islamic movement. PEGIDA and similar groups across Europe pursue, amongst others, an anti-Muslim and anti-immigration agenda.

Following the 9/11 twin tower attacks and in combination with many other events, and now recently with the Charlie Hebdo incident, the categorical rejection of Muslims has increased and the attitude that their religion and their beliefs are dangerous for society has become socially acceptable. While the inherent dangers of any type of fanaticism or extremism cannot be denied, this does not justify the stigmatization of an entire religious community as large as Islam. It is crucial to distinguish between Muslims in general and a small group of highly extremist jihadist who commit human rights violations. The individuals who carried out the attack on the satirical magazine Charlie Hebdo, leading to the death of journalists must not be allowed to tarnish the image of the Muslim community at large. European governments ought

not to react with extreme measures directed at their Muslim populations, such as their securitization in political speeches, because, the attitudes towards Muslims held by many in the West today are truly scary.

Yolanda Aixelà suggests in her essay "Migration and Social Change" (2001), that the historic clash between the Islam and the West took various forms in different countries depending on the historical context. These events changed the concept of what we understand as "Muslim". Distorted stereotypes collaborate to reaffirm the cultural superiority of a certain culture over another. Factors that can play a role are, for instance, whether a country's constitution is based on religious, e. g. catholic, or secularist values. In combination, single aspects can accumulate to prejudice in the form of: Islam = veil = abuse of women.

France is a case in point. Known since the French revolution as the cradle of human rights, its constitutional secularism which places a special emphasis on the right to freedom of expression can be accused of neglecting the distinction between the right to hold a justified opinion and the need to respect others. Without going into further detail, the point here is not to criticize the magazine Charlie Hebdo, but the question of whether its activities are considered justified exactly because and only because they come from

a country of the West with a human rights based constitution, like France.

In conclusion, the current author would like to express her deep concern at the emergence of racist groups, such as "neo-Nazis", in Western Europe, which appears like a denial of the harrowing events as was the World War II. Groups like PEGIDA who stand for a complete and general rejection of Islam, securitize and stigmatize the Muslim community in Europe. It is important to keep in mind that such segregationist movements can lead to major social fragmentation and conflict. The resulting friction between the majority of society and the minority, in this case the Muslim population, are prone to misuse by extreme political parties and leaders, as happened in Germany under Adolf Hitler and the NSDAP.

Before this background we must ask ourselves, whether we are justified in scrutinizing the actions of other nations closely for fear of Terrorism while Western countries feel free to foster unnecessary wars – like that in Iraq. Maybe it is time for the West to stop claiming moral superiority, when it wages wars out of plain economic interests and within a highly politicized context, without thinking about the deadly consequences.

Louisa F. Mendieta Dangond
- University of los Andes, Bogotá -

The real issue hides

The terror against „Charlie“ can't explain all the hype.

Is there anyone on planet Earth who has not heard about Charlie Hebdo? Well, like many others, I became familiar with the name "Charlie Hebdo" because of the dramatic assault perpetrated by these terrible people whom we are used to call terrorists. It's always quite a shock when the violence arrives right at our door step, isn't it? First of all, let me introduce myself. I'm a girl from Colombia who has studied advertisement. As many other Colombians, I have two first names and two surnames and as many more Colombians I have had the grim experience of knowing about more violent events than many of the people in "first" and "second" world countries. The funny part: None of these events made such big headlines in the media like Charlie Hebdo did, and I think that says a lot about how media works nowadays.

ME-DI-A. Quite a thing, huh? Let's get deeper into that. We can say that the media is

made up by newspapers, news on TV, radio, TV in general and any other massive way of communication. The internet is part of it as well. Now, for us human beings, there only exist those things that we are able to perceive or, alternatively, those things we know to exist because someone else told us about it. Communication creates our world, and in consequence it fuels many of our views and feelings. But how deeply does the media really influence our life? And why did Charlie Hebdo cause such a media frenzy while many other violent events in other countries are ignored by most of the world population?

For me, media manipulation in various forms is evident. The media uses certain events to bring about scandals, to mobilize people, to make people conform to a certain way of thinking, to make money, to generate "views" and traffic. I think, sadly, the assault on Charlie Hebdo was exploited by media

just like that. It was a very good tool to polarize people who deem themselves to be interested in politics. What do people mean by "freedom of expression"? Why do we take the attack on Charlie Hebdo as an assault on freedom of expression instead of taking it for what it really was? Namely: another act of violence where people were killed, where many people suffered. Not only the civilians and the policemen, but also the "terrorists" were human beings just like us. The attack on Charlie Hebdo was an act of violence that we must not tolerate just as we must not tolerate violence in other countries like those in Africa and my dear Colombia.

So, where is all of this leading us? The media made people accept "freedom of expression" and similar rhetoric as justifications for retaliatory violence in the guise of state-sanctioned "counter-terrorist" operations. Isn't communication another tool that can be

used to hurt others? If Charlie Hebdo wasn't being rude in many ways with its cartoons, I can probably fly. Just as in ancient times the church pushed people to make terrible things in the name of God, today we can discriminate and bully others in the name of "freedom of expression". Are we not doing this? And what if someone defends his or her beliefs? They are the bad ones just because they respond more directly to the hidden fact: Violence was already there on subtle levels. The media made people agree with Charlie's disrespectful behavior by throwing around idealistic terms like "freedom" and "freedom of expression", while making us forget the real problem.

Andrea Alejandra Arrieta P.
- Jorge Tadeo Lozano University, Bogotá -

„Lieber Herrgott, schick Hirn!“

Leipzig zu Zeiten der „Leipziger gegen die Islamisierung des Abendlandes“

Seit Oktober letzten Jahres motivieren *GIDAS deutschlandweit jede Woche tausende, in Dresden sogar zehntausende Menschen, auf die Straße zu gehen. Angeblich spazieren ihre Anhänger*innen friedlich, um die Islamisierung des Abendlandes anzuprangern. Tatsächlich aber marschieren da ein wilder Mix aus sich besorgten und bürgerlich gebenden Fremdenfeind*innen zusammen mit Menschen, die von Sorgen verschiedenster

Art geplagt werden. Der Islam dient den *GIDAS als Feindbild, das zahlreiche Unzufriedene und Frustrierte anzieht, um es als Ventil für das eigene Potpourri an Ängsten und Vorurteilen zu nutzen. Sie stilisieren sich als „das Volk“, das von der Politik missachtet sowie von den Medien manipuliert und falsch reflektiert wird – und nun gemeinsam seine Sorgen, gepaart mit fremdenfeindlichen Resentiments, auf die Straße trägt.

Doch bei Parolen bleibt es nicht. Rassistisch motivierte Gewalttaten gegenüber Flüchtlingen und Migrant*innen haben messbar zugenommen, seit PEGIDA und ihre Ableger als „das Volk“ Fremdenhass salonfähig machen: Im letzten Quartal des vergangenen Jahres gab es mehr als doppelt so viele Attacken wie in den neun Monaten davor. Sachsen teilt sich dabei mit Berlin die unrühmliche Spitzenposition. Unterdessen macht sich Sachsens CDU-Ministerpräsident Stanislaw

Tillich bei den *GIDAS beliebt, indem er behauptet, dass der Islam nicht zu Sachsen gehöre und hier lebende Muslime selbst erklären sollten, warum man keine Angst vor ihnen haben muss.

Seit Januar treiben die „Leipziger gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (LEGIDA) in der schönen, hippen Universitätsstadt

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

ihr Unwesen. LEGIDA gibt sich noch rechter und radikaler als die Dresdner PEGIDA, man ist für eine „deutsche Leitkultur“ und gegen „Multikulti“. Die Organisatoren stehen der NPD sowie der rechten Fußballszene nahe oder haben eine Schwäche für das Dritte Reich. Entsprechend radikal und gewaltbereit sind auch viele der aus der Nazi- und Hooliganszene stammenden LEGIDAS. Bei den ersten zwei Demos kamen diese durch die Unterstützung „besorgter Bürger*innen“ und Dresdner PEGIDAS noch auf bis zu 6000 Teilnehmer*innen, von denen sich viele nicht vor NS-Vokabular und Hitlergrüßen scheuten. Bei ihrem dritten Aufmarsch dampften sie auf 1500, zwischendurch unangemeldet mal auf 150 und zuletzt auf 650 Nazis und Hooligans zusammen.

Kirchen, Verbände, Gewerkschaften sowie eine aktive studentische und linke Szene sorgten allwöchentlich für diverse Gegenveranstaltungen. Auf diesen fanden sich jedes Mal das Drei- bis Fünffache an Menschen, die LEGIDA mit verschiedenen Protestformen die Stirn boten. Aus der linken studen-

tischen Szene heraus wurde zu friedlichen Blockaden aufgerufen, die sich eines juristischen Graubereichs bedienen und den LEGIDAS sitzend ihr euphorisierendes Moment des gemeinsamen Aufmarschs vermiesen sollten. Getragen wurde dieser Aufruf auch von einem breiten Leipziger Bündnis, dem zum Beispiel die Jugendvereinigungen der Grünen, der SPD und der Linken sowie zahlreiche Bundestags-, Landtags- und Stadtratsmitglieder angehören. Zum Teil konnten die Blockaden erfolgreich die LEGIDA-Aufzüge verkürzen oder zumindest unerfreulicher machen. Neuerdings sorgt DIE PARTEI als „LEGIDA – Das Original“ für Verwirrung. Die „Leipziger Ethanolfreunde gegen die Illegalisierung des Alkohols“ eroberten sich „Bier trinkt das Volk“ skandierend einen Teil des zentralen Augustusplatz, auf dem sich LEGIDA bevorzugt trifft, zurück und luden mit ihren bananenverzierten Deutschlandflaggen einige LEGIDAS auf die harmlosere Veranstaltung.

Doch zum Leipzig der letzten Wochen gehörten auch: Eine geladene Stimmung in der

Innenstadt sowie Gefahr für Heimgehende an ihren Rändern. Zahlreiche gewaltsame Übergriffe und Hetzjagden zwischen LEGIDAS und Linksextremen. Von LEGIDAS bedrohte und verletzte Journalist*innen. Und das trotz der in Massen auftretenden Polizei, die immer wieder mit Gewalt und Willkür von sich reden machte.

Der Spuk auf Leipzigs Straßen wird zwar kleiner, aber er ist noch nicht vorbei. Der letzte LEGIDAaufmarsch verlief friedlicher als die vorherigen Male. Aber nächsten Montag (23.02.) wollen die LEGIDAS erneut mit einer Demo gegen eine offene und inklusive Gesellschaft hetzen. Während ein Redner letzten Montag „die Überlegenheit der deutschen Kultur“ beschwor, werden nächstes Mal rechtsradikale Vordenker einer „konservativen Revolution“ zu Wort kommen.

Und auch wenn die „besorgten Bürger*innen“ sich wieder hinter ihre Spitzengardinen verzogen haben, wird der Gegenprotest ihnen ihre diffusen Ängste, Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit wohl kaum genom-

men haben. Die *GIDA-Bewegung hat gezeigt, wie viele es von ihnen gibt. Darüber fassungslos würde man am liebsten für die angeblich um die christlich-abendländische Kultur Bangenden den Himmel flehen: „Lieber Herrgott, schick Hirn!“. Und Herz. Aber der wird wohl kaum was machen können. Es bleibt Sache all jener, die Hass, Kälte und Ausgrenzung in diesem Land keinen Platz geben wollen, den *GIDAS und ihrer Hetze die Grundlage zu entziehen und nicht aufzuhören, für eine offene, solidarische Gesellschaft einzutreten.

Luise Zielonka
- Universität Leipzig -

Gesunder Menschenverstand im Pluralismus

PEGIDA - Unbeholfene Stolpereien zwischen Meinung und Meinungsfreiheit.

Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes. Sie formieren sich, tragen Machtkämpfe aus, durchstehen Führungswechsel. Erleben einen Höhenflug, nehmen über Wochen die Titelseiten der Mainstreammedien, von ihnen selbst als Lügenpresse betitelt, ein. Beginnen sich unter diffusen Umständen aufzulösen. Der Name wird wohl verschwinden, das Gedanken-gut bleibt, sei es in der Jungen Alternative, PEGADA, HOGESA oder sonstigen Kürzelwütigen, oder auch in der „Lügenpresse“ selbst. Natürlich beschränkt auf die Kommentarspalten, wie es sich für aufrechte PEGIDA-Anhänger gehört.

Besagte Inhalte, so sehr sich auch morgens in der schönen Altbauwohnung, Süddeutsche in der einen Hand, trendiges Getränk in der anderen, brüskiert wird, sind weder überraschend noch neu. Daneben stehen aber die Organisationsstruktur sowie die Geisteshaltung, die sich darin ausdrückt. PEGIDA ist ein ausgeprägtes Gruppenphänomen. Trotz seiner unkomfortabel rechtslastigen Zielsetzung reiht es sich hier hinter akzeptierte Bewegungen ein und gründet dabei seine Legitimität auf zweifelhafte Grundlagen.

„Wir sind das Volk“ skandieren Demonstranten, daher müssten sie auch ernstgenommen werden. Mittel der Wahl, um sie zu widerlegen sind vor allem Gegendemonstrationen. Teilnehmerzahlen treten in Konkurrenz, Statistik gegen Statistik. PEGIDA bleibt hinter den Ablehnenden zurück, ein großer Erfolg. Infolge von Terrorwarnungen bleiben mehr Sympathisanten zu Hause, schon wird es als Fortschritt zelebriert.

Zahlen und Fakten sind der wohl am einfachsten zu überprüfende Maßstab, anhand dessen Ansprüche angemeldet werden. Einerseits ist das in Bezug auf Wählerstimmen sinnvoll, andererseits aber auch bequem. Nicht in den Dialog mit einer Gruppe zu treten, weil die Inhalte nicht gefallen oder man sie für absurd hält, ist schließlich nicht im Sinne einer Gesellschaft, die sich durch Diskurs weiterentwickelt. Folgerichtig fühlen sich Pegidianer auch bestätigt, wenn als Kurzschlussreaktion versucht wird, sie genau auf diese Weise abzukanzeln. Warum

also den schweren Weg wählen, wenn sich so leicht auf die Statistiken verweisen lässt?

Es lohnt sich, in der Zeit zurückgehen, bis in die Goldenen 20er, als der spanische Philosoph und Soziologe Joseph Ortega y Gasset mit „La rebelión de las masas“ (Revolt of the Masses) eines seiner bekanntesten und einflussreichsten Werke veröffentlichte. Er skizziert das Bild des Massenmenschen, der nicht nur seinen Stolz in der Konformität findet, sondern sich und damit auch die Masse zum Maß aller Dinge erhebt.

„The characteristic note of our time is the dire truth that, the mediocre soul, the commonplace mind, knowing itself to be mediocre, has the gall to assert its right to mediocrity, and goes on to impose itself where it can.“

Nichts anderes ist der „gesunde Menschenverstand“. Fände er nicht bei Stammtischtreffen großen Anklang, wäre er nicht so simpel und stünde er nicht in Abgrenzung zu „denen in ihrem Elfenbeinturm“, so würde man ihn nicht als solchen bezeichnen. Genau das macht aber auch eine Meinungsbildung aus der Masse heraus aus. Zugleich mit der Zustimmung wächst auch die Überzeugung, unabhängig vom tatsächlichen Gehalt. Ohne dass ein inhaltlicher Zugewinn infolge der Vielzahl an Unterstützern notwendig wäre, wird einem Gedanken mehr Wahrheit zugeschrieben.

Auf sein Überleben bedacht, wehrt der „gesunde Menschenverstand“ sich gegen natürliche Feinde, die nämlich einen anderen Entstehungsprozess durchlaufen haben und aus dem Geist Einzelner hervorgehen. Wo verkannt wird, dass höchstens aus Wahrheit Masse folgen kann, aber keinesfalls umgekehrt, da herrscht Ortegas Massenmensch und verneint alles, was die Herrschaft gefährdet. Aus Sicht des „gesunden Menschenverstands“ ist die Anfeindung jeglicher Lügenpresse, bei der keine Massen hinter einem Artikel stehen, also sogar konsequent. Hilfreich für zielführende Auseinandersetzungen ist die auf falschen Annahmen fußende Ablehnung indes nicht.

Des Weiteren verweist Ortega auf ein zweites Übel seiner, und vielleicht auch unserer, Zeit:

Die komplette Öffnung von Beteiligungsformen, so führt er im zweiten Kapitel aus, ende unweigerlich in Verrohung.

„The multitude has suddenly become visible, installing itself in the preferential positions in society [...] Before it passed unnoticed, occupying the background of the social stage; now, it has advanced to the footlights and is the principal character. There are no longer protagonists; there is only the chorus.“

Zweierlei lässt sich feststellen: Mit der Möglichkeit, sich umfassend durch die neuen Medien zu informieren, ist der Anspruch, ob von außen oder von einem selbst auferlegt, entstanden, auch zu noch so kleinen Themen eine Meinung sein Eigen zu nennen. Zugleich, weil es schon zeitlich ausgeschlossen ist, jede Meinung fundiert zu bilden, schämt man sich auch nicht, Aussagen stark heruntergebrochen, unfertig und intuitiv, was im gesunden Menschenverstand kulminiert, zu tätigen. In Kontrast befindet sich die Tugend der Reduktion.

Selbstverständlich soll nicht der tumbe Ignorant, dem seine Informationsmöglichkeiten unbekannt sind, Vorbild sein. Stattdessen muss eine bewusste Entscheidung getroffen werden, nämlich zu beurteilen, wann Schweigen erlaubt und geboten ist. Das erfordert eine vertiefte Bildung. Stellenweise wird geäußert, Ortega wäre zu elitär, würde nur die Aristokratie befürworten. Gegenteiles ist der Fall. Der Adlige, so Ortega, erfahre keine Widrigkeiten, nehme alles als gegeben hin, sodass am Ende ein Massenmensch, der nicht durch seine Schicht definiert wird, an falscher Stelle stehen könnte. Die aristokratische Struktur dagegen sei nicht nur nicht schlecht, sondern der Menschheit sogar inhärent, allerdings müsse diese transparent sein und jedem offenstehen. Denn wie sonst könne man eigenständig entscheiden?

Gleiche Chancen in der Bildung sind nicht nur solche auf Wissen sondern auch Chancen auf die subjektiv richtige Ablehnung von Wissen. Seines wohlüberlegten Desinteresses oder Unwillens muss sich niemand schämen und sollte dann selbstsicher anderen das Feld überlassen.

Für PEGIDA bedeutet das: Sie müssen nicht zwingend beachtet werden. Nicht, weil ihre offiziellen Forderungen absurd wären, einige Punkte finden sich schließlich auch in Wahlprogrammen etablierter Parteien. Nein, deshalb, weil sie auf die Straße gingen, als die Grundsatzthesen noch gar nicht existierten, weil man sich auch weiterhin noch auf seinen Nummern und dem „gesunden Menschenbewusstsein“ ausruhte und sich nicht die Mühe machte, in die Tiefe zu gehen. Weil sie zwar Partizipationsmöglichkeiten wahrnahmen, aber weitgehend ihre bewusste Entscheidung versäumten. Weil sie mit ihrem Auftreten den Individualgedanken als Gegner auserkoren, sich aber jeder Schlacht verweisend auf die Feindesidentität entzogen haben.

Ayn Rand, amerikanische Philosophin mit russischen Wurzeln und zeitweisen in regem Austausch mit Ortega, schreibt schließlich:

„The new conception of the State that I want to defend is the State as a means, not an end: a means for the convenience of the higher type of man.“

The fault of liberal democracies: giving full rights to quantity (majorities), they forget the rights of quality, which are much higher rights.“

Anzahl kann freilich ein Indiz dafür sein, dass sinnvolle Thesen hinter etwas stehen, und wahrgenommen werden sollten. Beleg sind Zahlen jedoch nicht. Unzweifelhaft bestehen die Vorteile, die „means to an end“, welche Rand fordert. Die ihnen gebührende Aufmerksamkeit erhalten sie indes zugunsten der Vielfalt als „l'art pour l'art“ nicht immer. Ortegas Thesen bilden Maßstäbe zur Eingrenzung und damit zugleich zur Festigung. Genauso wie der Respekt vor den Errungenschaften des Pluralismus gebietet, Meinungen nicht grundsätzlich abzulehnen, kann auch, umgekehrt, Niveau eingefordert werden.

Stella Hensel

Anruf aus den 90ern

Von Schnitzeln und Super-Bachmann.

Als ich PEGIDA zum ersten Mal wahrnehme, sitze ich in Köln in einem Flughafen-gebäude und surfe gelangweilt im Netz. Es ist Dienstag, der 9.12.2014 und die Onlinezeitungen sind voll mit Berichten über die Demo in Dresden, bei der nun erstmals über 10.000 Menschen auf die Straße gegangen sind, um gegen die Islamisierung des Abendlandes zu protestieren. Gegen die Ausländer, die Schmarotzer - kurzum: gegen mich und meinesgleichen. Nur, ich bin kein Ausländer, sondern Deutscher. Steht so in meinem Pass. Und ich bin kein Schmarotzer. Das steht so auf meinem Arm. Denn da prangt auf meiner Uniformjacke die deutsche Flagge. Ich bin Offizier des deutschen Heeres. Und als ich von PEGIDA höre, sitze ich in Köln-Wahn und warte auf meinen Flug nach Afghanistan.

Während ich also im Luftwaffen-Terminal lese, denke ich, die 90er haben angerufen und wollen ihr Vorurteil zurück. Der "Ausländer" als schlecht deutsch sprechende, schmarotzende Gefahr für das kulturelle Abendland? Das hab ich doch als Kind schon gehört - als es mir hinterhergerufen wurde. Blöderweise hatte ich gedacht, da seien wir jetzt endlich drüber hinweg und könnten über die Realität sprechen, über Migrantenkinder, wie mich, die Deutschland mit ihrem Dienst - ob als

Staatsdiener oder in der freien Wirtschaft - reicher machen. Stattdessen geht es wieder um die Last, die wir Deutschland aufbürden und um reichlich angestaubte Vorurteile.

Dabei verstehe ich die Existenz von Vorurteilen und Stereotypen, denn das sind vereinfachende Überlebensmechanismen, die man braucht. Ohne dieses System der Komplexitätsreduktion würde ich nach wenigen Sekunden jeden Morgen schwere Kopfschmerzen haben, weil ich jeden Reiz, jede Situation neu überprüfen müsste, getreu dem Motto, ist das ein Vogel, ein Flugzeug oder Super-Bachmann? Mit vorgestanzten Schemata und Ansichten lässt es sich einfach einfacher leben. Das geht in der Neuzeit nur manchmal nach hinten los. Ein Beispiel: Die BILD titelt mehrfach von ausländischen Jugendbanden, die rechtschaffene Bürger in U-Bahnen zusammenschlagen, gibt noch ein paar erschütternde Bilder vom Opfer und verwackelte Aufnahmen der Sicherheitskameras hinzu und schon meide ich U-Bahnschächte oder kriege zumindest abends alleine in so einer Anlage ein mulmiges Gefühl. Obendrein balde ich die Faust in meinem Mantel, wenn mir mal so eine Ausländerbande über den Weg läuft. Respekt habe ich vor jemanden, der in der Lage ist, ein solches Vorurteil zu hinterfragen. Dann stellt sich nämlich heraus, dass die Bande auf der anderen Straßenseite viel-

leicht nur eine Gruppe von Schulkindern ist, zumindest aber nicht vorhatte in nächster Zeit rechtschaffene Bürger zu vermöbeln.

Neben kumulierten Fehlinformationen treibt die Dresdner noch die Wut, "das" doch endlich mal sagen zu dürfen. Eine Wut gegenüber einer verbalen Sittenpolizei, die jedes richtig gemeinte, aber falsch verstandene Wort gleich gegen den Sprecher richtet. Eine gleichgeschaltete Kultur, bei der der kleine Mann nicht mehr sagen könne, was er denkt, ohne gleich die Nazikeule über sich fühlen zu müssen. Armer kleiner Mann! Ein Paradoxon, denn der gefühlte Sittenwächter Nummer Eins ist ja die Lügenpresse. Insofern sollte man sich doch gar nicht davon aufhalten lassen, was die Schmierfinken hinterher für Lügenartikel verfassen, nur weil man mal versehentlich aus "Mein Kampf" zitiert hat oder Türke sagte und Jude meinte.

Mittlerweile bin ich wieder in der Heimat und PEGIDA zeigt starke Auflösungserscheinungen. Dennoch bleibt die bittere Erkenntnis, dass in der deutschen Gesellschaft, zudem in wohl situierten und saturierten Kreisen Angst und Wut schwelen. Angst vor dem Ende der Vergangenheit und Wut auf uns neue Deutsche, die wir der ausgemachte Grund für die Notwendigkeit des Präteritums sind. Unbestritten ist, dass wir nicht mehr in den 50ern

sind. Und das ist auch gut so. Deutsche Lebensrealität im 21. Jahrhundert ist eine vielfältige Gesellschaft. Die lässt sich nicht rückgängig machen - zum Glück! Denn wir neu Dazugekommenen erwirtschaften einen beträchtlichen Teil des Bruttoinlandsproduktes und zahlen immerhin mit unseren Steuern auch den Lebensabend der aufgebrauchten Dresdner Wutbürger. Wichtiger ist vielleicht die Frage, wie wir diese Vielfalt gestalten wollen. Was in Zukunft deutsch sein soll und sein darf. Als deutscher Offizier und Soldat neige ich wenig zu ausgeflippten Ideen und schätze mein Schnitzel und mein Bier. Dennoch ist das eine Diskussion, die man nicht mit Hass und Abneigung gegen das Neue führen kann, sondern nur mit Neugier und Offenheit. Das bedeutet nicht, dass man seine Heimatliebe und seinen Patriotismus opfern muss. Aber dazu gehört, dass man anerkennt, dass wir neuen Deutschen auch ein Anrecht darauf haben.

Dominik Wullers

- Helmut-Schmidt-Universität -

Der Autor ist Vorstandsvorsitzender des Vereins "Deutscher.Soldat. e. V."
<http://deutschersoldat.de/>

PEGIDA und andere politische Protestbewegungen

Warum es sich lohnt, demonstrieren zu gehen.

Mit PEGIDA, den so genannten Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes, ist in Deutschland vor einigen Wochen eine sehr sichtbare, rechtspopulistische Bewegung auf die politische Bühne getreten. Hauptforderung der bürgerlich auftretenden PEGIDA-Aktivistinnen, die mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ auf die Straße gehen, ist eine Verschärfung der Einwanderungs- und Asylpolitik. Hauptziel: die vermeintliche „Islamisierung des Abendlandes“ aufhalten. Trotz scheinbar bürgerlichen Auftretens: das rechtsextreme Milieu organisiert bei PEGIDA mit. So ist die Anmelderin der Bonner Demonstrationen Mitglied der als verfassungsfeindlich eingestuften Partei „pro NRW“ und frühere Aktivistin der NPJ-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten.

Durch wöchentlich stattfindende Demonstrationen, die lokal großen Zulauf finden, organisiert sich die Bewegung und ist so auch in die öffentliche Wahrnehmung getreten. Mit 17.500 Personen fand die größte PEGIDA-Demonstration am 22. Dezember 2014 in Dresden statt; 4.500 Personen nahmen an der Gegendemonstration teil. Auch wenn PEGIDA sich aufgrund innerer Zerwürfnisse mittlerweile aufgelöst hat, die Sorge, dass die Bewegung noch einflussreicher wird, war im demokratischen Parteienspektrum von Anfang an groß. Aber wie groß ist die Gefahr, die von PEGIDA & Co. ausgeht, wirklich? Allgemeiner gefragt: wie stark beeinflussen Protestbewegungen Politik?

Eine Antwort auf diese Frage nach den kausalen Effekten von politischen Protesten zu geben, ist schwieriger als man zunächst meinen könnte: wenn eine politische Position

Anhänger gewinnt, dann gehen möglicherweise mehr Menschen für diese Position auf die Straße und möglicherweise wird die Position auch politisch mehrheitsfähiger – zum Beispiel im Parlament. Aber offen bleibt: wie stark beeinflussen die Proteste und Demonstrationen auf der Straße kausal das, was am Ende im Parlament oder der Regierungsarbeit geschieht?

Ein Forscherteam um Andreas Madestam ist dieser Frage nun mit einem cleveren Forschungsdesign auf den Grund gegangen. Die Forscher wollten untersuchen, wie stark sich die Proteste der konservativ-libertären Tea-Party-Bewegung in den USA politisch ausgewirkt haben. Um tatsächlich den kausalen Effekt der Proteste isolieren zu können, nutzten die Forscher die Tatsache, dass die Tea Party 2009 am sogenannten Tax Day in das Licht einer breiteren Öffentlichkeit treten wollte: für den 15. April 2009 waren in den gesamten USA lokale Tea-Party-Demonstrationen geplant. Mit seinen in Harvard forschenden Kollegen stellte Madestam nun Informationen zu den lokalen Protesten mit Daten von 12.000 Wetterstationen in den USA zusammen und konnte so zunächst zeigen: in Städten, wo es zufällig am 15. April 2009 geregnet hatte, waren die Tea Party-Proteste deutlich kleiner als in vergleichbaren Städten mit z.B. ähnlichem Klima, in denen es am 15. April trocken blieb. Dieses Forschungsdesign kann als natürliches Experiment interpretiert werden, in dem die Größe der jeweiligen Tea-Party-Demonstrationen – wetterbedingt und nicht aus politischen oder anderen Gründen – verändert wurde.

Die Forscher nutzen diese wetterbedingte Variation, um zu messen, ob sich dort, wo die Proteste aufgrund von Regen zufällig größer

oder kleiner ausgefallen waren, das politische Abstimmverhalten der lokalen Kongressabgeordneten änderte. Bei Regen am Tax Day 2009 waren also mehr potenzielle Tea-Party-Demonstranten zu Hause geblieben – aber hatte dies später auch politische Auswirkungen im Parlament? Die Antwort hierauf in den Daten war ein klares Ja: im Parlament stimmten die Abgeordneten aus Distrikten, in denen es am 15. April 2009 nicht geregnet hatte, in den darauf folgenden Jahren eher für konservativere Gesetzesvorhaben und lehnten zum Beispiel auch mit höherer Wahrscheinlichkeit die von US-Präsident Obama vorangetriebene Gesundheitsreform ab. Eine direkte Übertragung dieser Ergebnisse auf den deutschen Kontext ist natürlich nur begrenzt möglich, unter anderem da sich das deutsche Wahlsystem deutlich vom US-amerikanischen System unterscheidet, in dem lokale Vorwahlen anders als in Deutschland eine größere Rolle spielen.

Neben den Auswirkungen der Tea-Party-Proteste auf das Verhalten der Kongressabgeordneten untersuchten die Forscher um Madestam einen weiteren Wirkmechanismus der Proteste, der auch über den US-amerikanischen Kontext hinaus direkte Relevanz für die Analyse von Protestbewegungen hat: wie stark beeinflussen öffentliche Proteste das Verhalten der Wähler? Für die Tea Party konnten die Forscher diese Frage nun präzise beantworten: mit jedem zusätzlichen, wetterbedingten Tea-Party-Demonstranten am 15. April 2009 stieg die Zahl der für die Republikaner lokal abgegebenen Stimmen bei darauffolgenden Wahlen um 19 Stimmen. Die öffentlichen Proteste hatten demnach eine sehr starke Auswirkung auf die Wahlentscheidung und die Wählermobilisierung.

Welche Schlüsse kann man nun für den deutschen Kontext und PEGIDA ziehen? PEGIDA und ähnliche Protestbewegungen müssen als Problem bereits sehr früh ernst genommen werden: größere PEGIDA-Demonstrationen werden sich in Zukunft in stärkeren Wahlergebnissen der einschlägigen Parteien niederschlagen. Wer das nicht möchte muss bereits jetzt aktiv werden und dem entgegensteuern. Und: die Zahl derjenigen, die für PEGIDA und Co. auf die Straße gehen, wird der Größe des Problems nicht gerecht. Denn durch jeden weiteren PEGIDA-Demonstranten wächst auch die Anzahl derjenigen, die sich politisch durch die Bewegung mitreißen lassen, um ein Vielfaches. Was kann man als Demokrat – neben der argumentativen Auseinandersetzung mit den PEGIDA-Positionen – tun? Öfter auf die Straße gehen – es lohnt sich!

Hier gilt übrigens: friedliche Proteste sind effektiver. Mit einem ähnlichen Forschungsdesign wie das der Forschergruppe um Andreas Madestam untersuchte Emiliano Huet-Vaughn in Frankreich, wie sich Gewalt bei Demonstrationen und Protesten auswirkte und konnte hierbei nachweisen, dass gewaltfreie Proteste eine deutlich höhere Aussicht auf Erfolg haben.

Simon Jäger

- Harvard University -

Diese und weitere Analysen junger Autoren zu politischen und ökonomischen Themen finden sich auf dem Blog „Politischer Spielraum“:
<http://politischer-spielraum.de/>

Was ist denn euer Problem?

Eine Entgegnung auf die Wut der Wutbürger.

Menschen wie Buschkowsky, Sarrazin und viele weitere konservative Demagogen behaupten, das Volk hätte den Schuss nicht gehört, wir stünden vor einem großen Problem. Die sogenannte Islamisierung wird beschworen. Der Herr Bezirksbürgermeister wird nicht müde, nein, er scheint gar geil auf die hohe Medienaufmerksamkeit zu sein, die einem Bezirksbürgermeister sonst in seiner gesamten Karriere nicht zuteil wird. Dieser Kerl, genau wie Sarrazin, hat keinen blässen Schimmer von Migration, Integration oder gar besitzen diese Herren einen Funken interkulturelle Kompetenz. Und dennoch wollen sie uns etwas dazu erzählen und die vermeintliche Bourgeoise sieht in ihnen bereits ihre neuen Sprachrohre. Die Demagogen werden beflüstert und rücken vor zum Dienst. Sie sollen das sagen, was die "meisten Anderen" sich nicht trauten.

Sie trauen sich wieder, etwas zu sagen

Endlich trauen sich die Deutschen wieder etwas zu sagen. Das verriet mir eine etwas ältere Dame in einem Supermarkt, während ich an dessen Eingang Spenden für die Kieler Tafel sammelte. Zuvor bestätigte sie mir, ich sei ein gutes Beispiel für Integration, weil ich mich ehrenamtlich für die Gesellschaft engagiere, aber ich sei eine Ausnahme. Ich versuchte unsere Unterhaltung pfleglich zu führen und die Palette an Vorurteilen, die sie vor mich ausbreitete, zu entkräften. Aber sie ließ sich nicht belehren. Sie war beratungsresistent. Es war offener Rassismus, der mir hier begegnete. Und ich war verletzt, denn ich respektiere alte Menschen, weil sie allzu oft eine Lebensleistung erbracht haben, die man als junger Mensch einfach schätzen sollte. Ich denke da immer wieder an Begriffe wie Trümmerfrauen, Kriegsgefangene, Kriegsoffer. Ich habe immer noch eine so gute Meinung von unseren Alten, die die Wirren des Krieges und der Nachkriegszeit erdulden mussten und uns nunmehr Jahrzehnte Frieden auf dem Kontinent bescherten. Kann es an der Kausalität hier freilich mangeln, es war meine Vorstellung. Nun kommt diese Frau und stellt mich als Ausnahme meines Milieus dar. Der Rest, also auch meine Fami-

lie, die vor fast drei Jahrzehnten aus Pakistan emigrierte, sei größtenteils ein destruktiver, nicht dazugehörender und störender Haufen von Menschen. Ich brauche die Fakten nicht zu nennen, die diesen Bockmist als solchen entlarven.

Wir haben das nicht nötig

Ich spreche bewusst von Wir, wenn ich Menschen inklusive ihrer Nachkommen meine, die ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nach Deutschland zugewandert sind. Wir werden aufgefordert, uns zu integrieren, denn wir seien die Bittsteller. Es wurde Jahrzehnte verleugnet, dass dieses Land früher oder später lebensnotwendig Nettozuwanderung braucht, um stark zu bleiben. Wir waren Gastarbeiter, Ausländer, Asylanten, Flüchtlinge, Migranten. Sind wir heute deutsch? Bin ich deutsch? Das ist seit Jahren die schwierigste Frage, die sich mir in meinem Leben stellt. Identität, zu wissen, wer man ist, ist nicht ein narzisstischer Auswuchs in der Persönlichkeit. Das Verlangen nach einem Zugehörigkeitsgefühl ist nicht Teil eines bloßen Schwarmverhaltens. Es ist eine zwingende Notwendigkeit für Selbstverwirklichung, die Voraussetzung dafür, überhaupt konstruktiver Teil einer Gesellschaft sein zu können.

Doch das habt ihr nie verstanden. Die Probleme waren unsere, die Benefits eure. Döner ist gut, kommunales Ausländerwahlrecht schlecht. Billige Kleidung muss sein, "Armutsflychtlinge" nicht, Waffenexporte schaffen immerhin Arbeitsplätze, Flüchtlinge aus Krisengebieten nur Probleme, zu Ausländerklassen in Schulen gibt es keine Alternative, Jugendliche, die perspektivlos und sich ausgegrenzt fühlend Mist verzapfen, sind "integrationsunwillig". Versteh einer diese Denke und erkläre sie mir.

Deutschland schafft sich ab

Für ein Land, das so dringend junge Menschen braucht, sind solche Logiken tödlich. Sie führen zu einem Vakuum, das sich andere zu nutze machen. Auch das ist der Grund,

warum sich viele Jugendliche aus muslimisch geprägten Familien radikalieren lassen. Es gibt niemanden sonst, der sich um sie kümmert. Wie pervers ist das? Es sind tausende Ausbildungsplätze nicht besetzt, viele Studienplätze bleiben frei und bei denjenigen, die eigentlich dafür zur Verfügung stehen, lasst ihr es zu, dass sie in einem fremden Krieg barbarischen Menschen zu Opfer fallen. Stattdessen fragt ihr, ob der Islam zu Deutschland gehört oder ihr behauptet, Extremismus oder Terrorismus seien im Islam verankert. Deshalb berge annähernd jeder Muslim potenziell Gefahr. Der Islam müsse sich reformieren. Aber wenn sich etwas reformieren muss, dann ist es Deutschland. Deutschland muss begreifen, dass wir Teil dieses Landes sind. Wir sind Deutsche erster (oder zweiter etc.) Generation. So ist es. Ihr wollt unsere Manpower, unser Engagement und uns für eure Produktivität? Dann heißt uns gefälligst willkommen! Ihr braucht uns nicht die Füße zu küssen, aber behandelt uns nicht, als seid ihr noch die Kolonialherren aus früheren Zeiten.

Denn andernfalls werden wir, nun bin ich wieder beim gesamtgesellschaftlichen Wir, nie die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen besiegen können, die uns ganz sicher ereilen werden. Seit über einem halben Jahrhundert ist in Integration ein beschämend inadäquates Engagement geflossen. Sowohl aufklärerisches als auch finanzielles. Die Konsequenzen sind nun Bewegungen wie Pegida und AfD, die die freiheitlich-demokratische Gesellschaft stark herausfordern und ein Investitionsdefizit, was Integrationsarbeit anbelangt, vor dem unsere Herrschenden am liebsten die Augen verschließen würden. Die Integrationspolitik des Bundes und der meisten Länder ist geprägt von Red Herrings, von Nebelkerzen. Und in Zeiten von Anschlägen auf Flüchtlingsheime, NSU-Terror, wachsender Islamfeindlichkeit und wieder aufkeimenden Antisemitismus braucht es nicht nur klare Ansagen, sondern eben eindeutige Handlungen. Stattdessen ist das Thema Migration und Integration seit jeher etwas, das sich im po-

litischen Meinungskampf gut instrumentalisieren lässt. Da heißt es, man müsse der AfD das Wasser abgraben, die CDU müsse sich deshalb mehr um die „konservativen Werte“ kümmern, die Rechten auffangen. Und dieser Satz „Rechts von der CSU ist nur die Wand“. Schrecklich und abscheulich. Und auch in der SPD gibt es solche Tendenzen. Bei den Sozialdemokraten, in der Partei, in der sich wahrscheinlich die meisten Zugewanderten politisch gesehen heimisch fühlen. Anders lässt es sich auch nicht erklären, dass Leute wie Sarrazin und Buschkowsky immer noch Genossen sind. Sie vertreten insgeheim einen Teil der Partei. Von den Linken ganz zu schweigen. Die tun doch lange so, als wären sie weltoffen und revolutionär und in Wirklichkeit sieht man allzu oft, dass sie rückwärtsgewandt und engstirnig sind.

In Wirklichkeit hat sich kaum eine ernstzunehmende und mächtige politische Stimme für das Einwanderungsland Deutschland starkgemacht. Eine traurige Erkenntnis. Und ein Armutszeugnis für unser Land.

Hopfen und Malz sind noch nicht verloren

Ich mag dieses Sprichwort. Nicht nur, weil es der Bierbrauerei entstammt und somit urdeutsch sein muss, sondern weil es positiv ist. Es ist vorausblickend. Lasst uns auf Migration und Integration nicht mehr aus der Warte vom Kampf der Kulturen blicken. Lasst uns kämpfen für ein vorwärtsgewandtes, ein kluges und ein sich weiterentwickelndes Deutschland. Genau jetzt ist die Gelegenheit gut, denn es wird immer deutlicher, dass unser Land ohne Zuwanderung nicht bestehen kann. Folglich kann Europa auch nicht bestehen. Setzt nicht nur Zeichen, sondern setzt die Themen Migration und Integration auf der To-do-list ganz nach oben! Wir brauchen einen Masterplan.

Ghazzal Novid

- Christian-Albrechts-Universität zu Kiel -

Entkriminalisierung des Geschwisterinzests

Gerade bei heiklen Debatten ist Sachlichkeit das oberste Gebot.

Die Arbeit des Politikers und des Journalisten hängt gleichermaßen von der Verfügbarkeit von Informationen ab. Der Journalist wie auch der Politiker unterliegen der ständigen Versuchung, sachliche, bisweilen wissenschaftlich verfasste und neutrale Gedankengänge sowie Empfehlungen stark zu vereinfachen, sogar zu polemisieren, um in dem Leser bzw. in dem Wähler zielgerichtet Emotionen zu evozieren. Ungeachtet der dieser Herangehensweise zugrundeliegenden Intentionen – ob diese nun böswillig sind oder auch einfach nur einem gewissen Dilettantismus geschuldet – soll sich der folgende Artikel nicht mit politischen oder journalistischen Unzulänglichkeiten beschäftigen, sondern den Versuch wagen, eine durch Medien und Politik stark emotionalisierte Debatte auf den sachlich relevanten Kern zu reduzieren und auf dieser Basis auch zu diskutieren.

Mit diesem einleitenden Gedankengang im Hinterkopf wird nachvollziehbar sein, war-

um der Deutsche Ethikrat mit seiner Empfehlung zur Entkriminalisierung des Geschwisterinzests seit seiner Gründung – so bedauerlich diese Tatsache auch ist – das erste Mal wirkliche Aufmerksamkeit auf sich zog. Vielen wird der Ethikrat bis zum September 2014 vollkommen unbekannt gewesen sein. Vor dem Hintergrund der Sachlichkeit des Bearbeitungsstils und des reinen Empfehlungscharakters der Ausarbeitung, mag diese plötzliche und vor allem negative Bekanntheitswende zu Recht einen suspekten Beigeschmack haben.

Die Argumentation des Ethikrats setzt eine genaue Betrachtung des Wortes Inzest voraus. Der Begriff Inzest geht etymologisch auf den lateinischen Begriff „incestus“ zurück; zu Deutsch unkeusch. Synonym zum Begriff Inzest wird der Begriff Blutschande verwendet. Aufgrund der eindeutig negativen Konnotation wird dieses Synonym im Folgenden jedoch nicht weiter verwendet. Inzest beschreibt sowohl den einvernehm-

lichen als auch den einseitigen bzw. zwanghaften Beischlaf zwischen engen leiblichen Verwandten. Der Begriff Beischlaf wird ausschließlich als Vaginalverkehr definiert. Homosexuelle Praktiken oder sonstige sexuelle Handlungen zwischen Verwandten, die den Vaginalverkehr nicht einbeziehen, sind in der Konsequenz nach Gesetz kein Inzest. Eine, für die Argumentation des Ethikrats konstitutive, Feststellung betrifft die Tatsache, dass Inzest nur und ausschließlich den Akt des Beischlafs bezeichnet. Die inzestuöse Fortpflanzung wird als Inzucht bezeichnet. Diese strikte Trennung ist ein wesentlicher Aspekt, die im weiteren Verlauf tragendes Element der Diskussion sein wird. Bereits diese simple und tendenziell triviale Definition lässt ein Gros der themenbezogenen Leitartikel zur Makulatur verblassen.

Die Marschrichtung des Status Quo

Die Empfehlung des Ethikrats bezieht sich auf geltendes Gesetz. Der Charakter der

Empfehlung muss sein, das aktuell Faktische in einer gewissen Art zu verändern oder auch zu belassen. Dieser Zusammenhang setzt voraus, dass dieses aktuell Faktische, also die aktuelle Lage im Hinblick auf rechtliche und gesellschaftliche Aspekte eruiert wird, bevor die Empfehlung untersucht werden kann. Grundsätzlich besteht eine empirische Evidenz darin, dass ein – wie auch immer geartetes – Inzesttabu in jeder menschlichen Gesellschaft existiert. Konträr dazu ist das Inzestverbot weitaus weniger verbreitet als potenziell angenommen. Tatsächlich existiert in den meisten Ländern kein Verbot von inzestuösen Beziehungen. Ein möglicher Erklärungsansatz kann, neben gesellschaftlich spezifischer Ablehnung gegenüber einem Verbot, die generelle Nähe zum Französischen Recht sein. Frankreich schaffte während der Regentschaft Napoleon Bonapartes 1810 die Strafbarkeit des Inzests ab. Aufgrund der damaligen Expansion Frankreichs

Fortsetzung auf Seite 9

Fortsetzung von Seite 10

sowie des Einflusses als stärkste europäische Macht auf die Weltordnung, hat diese faktische Legalisierung des Inzests entsprechende Wirkung auf die französische Einflussphäre gehabt. Die bis heute bestehende Orientierung an dem von Napoleon geschaffenen Recht bietet damit auch für die Erklärung der heutigen Rechtslage einen probaten Ansatz. In Frankreich ist heute nur die inzestuöse Beziehung zu Minderjährigen strafbar.

Deutschland stellt eine gewisse Ausnahme dar. Die vergleichsweise strenge Rechtslage pönalisiert Inzest in jedem Fall. Für den hier diskutierten Geschwisterinzest stellt §173 Abs.2 StGB den einschlägigen Straftatbestand dar. Dort heißt es: „Wer mit einem leiblichen Verwandten aufsteigender Linie den Beischlaf vollzieht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft [...]. Ebenso werden leibliche Geschwister bestraft, die miteinander den Beischlaf vollziehen.“ Daraus lässt sich ableiten, dass öffentliches Interesse daran begründet wird, den Beischlaf zwischen Geschwister unter Strafe zu stellen. Eine erfolgte Fortpflanzung spielt für den Strafbestand – wie bereits erwähnt wurde – keine Rolle. Die bereits vorgenommene Definition des Beischlafs stellt in Kombination mit dem Gesetzestext die angesprochene Straflosigkeit der homosexuellen oder sonstigen sexuellen Handlungen dar. Die aufmerksame Auseinandersetzung mit dem zitierten Paragraphen führt zu dem Ergebnis, dass für die Strafbarkeit des Inzests keine Handlung unter Zwang geschehen muss. Somit ist selbst der einvernehmliche Inzest zwischen Erwachsenen strafbar. Es wird häufig eingewendet, Inzest impliziere immer einen gewissen Zwang. Für diesen Fall, also einen Verstoß gegen die sexuelle Selbstbestimmung, gibt es entsprechende Normen (z.B. §§ 174 ff. StGB), die eben diesen Akt sanktionieren würden. Das Inzestverbot sieht sich auch nicht in der Rolle zwanghafte Übergriffe zu sanktionieren, sondern ist ein eigenständiger Paragraph, der die besondere Grenzüberschreitung des Inzests unter Strafe stellen will. Dieses Hervorhebungsmerkmal ist tendenziell unumstritten.

Es sollte sich deshalb die Frage stellen, welche Legitimation das Inzestverbot heute noch hat. In den Medien grassierte der Fall eines Mannes, der wegen Inzest verurteilt wurde und vergeblich vor dem Bundesverfassungsgericht und dem Europäischen Gericht für Menschenrechte geklagt hatte. Der Ethikrat nahm diesen Fall auch zum Anlass seiner Empfehlung. Die Entscheidung des Europäischen Gerichts für Menschenrechte (Individualbeschwerde Nr. 43547/08) soll im Folgenden nicht weiter betrachtet werden, da die Beschwerde am 12. April 2012 mit dem Hinweis auf den Beurteilungsspielraum der Vertragsstaaten in sensiblen moralischen oder ethischen Themen zurückgewiesen wurde, es sich also um keine Menschenrechtsverletzung handle.

Fragwürdige Eugenik

Interessanter ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Februar 2008. Mit dem Verweis auf den verfassungsmäßig garantierten Schutz der Familie gemäß Art. 6 GG wurde konstatiert, dass sich eine inzestuöse Beziehung zwischen Geschwister stark negativ auf das Familienumfeld auswirke. Es sei deshalb nach wie vor angebracht diesen besonderen Schutz durch eine, von den §§ 174 ff. StGB abgehobene, Norm zu gewährleisten. Dieser Aspekt verlor jedoch in der Begründung des Bundesverfassungsgerichts an Gewicht, da besonders eugenische Gesichtspunkte eine zentrale Rolle in der Argumentation gespielt haben. Die unbestreitbare Tatsache, dass die inzestuöse Fortpflanzung – Inzucht – Ursache gesundheitlicher Defi-

zite bzw. mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit die Ursache für gewisse Krankheitsbilder sein kann, wurde so zu einem zentralen Argumentationsstrang. Der Ethikrat stört sich vor allem an dieser Argumentationsweise. Ferner sieht das Bundesverfassungsgericht die potenzielle Ausschließung der Kinder aus ihnen typischen Gruppen und mögliche Diskriminierung als problematische Aspekte. Das Bundesverfassungsgericht möchte darüber hinaus eine Erosion der Wertbasis durch eine Legalisierung des Inzests vermeiden. Gleichzeitig will das Verfassungsgericht vor dem Hintergrund kultureller und historischer Prägung keine falschen Signale senden, die eine eventuelle Zunahme des Inzests bedeuten würden. Es beurteilte damit die Beschwerde des Mannes als unbegründet (Das Urteil erfolgte nicht einstimmig; Verfassungsrichter Winfried Hassemer kritisierte die Konzentration auf eugenische Gesichtspunkte).

Der Deutsche Ethikrat knüpft unmittelbar an diese Argumentation an. Die Grundsatzfrage lautet deshalb: „Inwieweit lässt sich eine Einschränkung der sexuellen Selbstbestimmung durch den Schutz anderer relevanter Güter/Werte legitimieren?“ Der Ethikrat postuliert vier Argumente als grundlegende Pfeiler der Kontroverse. Diese seien der Kinderschutz bzw. eugenische Gesichtspunkte, welche auf mögliche Diskriminierung und Gendefekte abzielen, der Schutz der Familie und die soziale bzw. psychologische Funktion des Tabus. Das vierte Argument, welches sich auf zwanghafte Übergriffe bezieht, könne bereits ausgeschlossen werden, da hier zum einen nur die freiwillige inzestuöse Beziehung betrachtet werde und zum anderen die Gesetzeslage bezüglich der zwanghaften Übergriffe ausreichend sei. Die Beziehung des §173 Abs.2 StGB zu den §§174 ff. StGB wurde oben bereits diskutiert.

Den Kinderschutz, hinsichtlich möglicher Gendefekte, als Argument für das Verbot des Geschwisterinzests, lehnt der Deutsche Ethikrat ab. Dies sei ein unangebrachter Einwand, da Inzest lediglich und ausschließlich den Beischlaf bezeichne. Die Fortpflanzung als konstitutives Element gegen die Legalisierung als implizit gegeben anzunehmen sei falsch, da auch der Inzest mit einem sterilisierten bzw. unfruchtbaren Sexualpartner strafbar sei. Inzucht ohne Beischlaf sei hingegen erlaubt. Eine In-Vitro-Befruchtung werde nicht sanktioniert. Dies sei als ein Zeichen der Inkonsequenz zu werten. Betrachte man die Fortpflanzung als potenziell möglich, so stelle sich bezüglich der, vom Verfassungsgericht breit beschriebenen, eugenischen Aspekte konsequenterweise die Frage, warum es kein Zeugungsverbot für genetisch vorbelastete „normale“ Paare gebe. Diese durchaus provokante rhetorische Frage erübrige sich vor dem Grundsatz, dass die Entscheidung zur Fortpflanzung in den Kernbestand des Persönlichkeitsrechts falle. Das Bundesverfassungsgericht bemerkte, dass Kinder aus inzestuösen Beziehungen vermutlich auf Grund dessen diskriminiert werden könnten. Es wird erwidert, dass dies zwar potenziell möglich sei, jedoch sei nicht die Existenz des Kindes zu verhindern, sondern die Diskriminierung. In Bezug auf die vom Verfassungsgericht aufgeführten Krankheitsbilder, die aus der Inzucht resultieren können, stellt der Rat fest, es sei zwar ethisch verpflichtend, dass die potenziellen Eltern das zukünftige Individuum und die negative Betroffenheit dessen in Betracht ziehen. Die Nichtexistenz vorzuziehen, ja gar staatlich zu gebieten, lasse sich aus der Schwere inzestuös bedingter Mängel allerdings nicht ableiten.

Eine schrecklich nette Familie

Weitaus kritischer – auch in den Reihen des Deutschen Ethikrates – wird die Kontrover-

se um den Schutz der Familie betrachtet. Die aggregierte Menge der Kritiker einer Gesetzeslockerung werfe im Allgemeinen vor, dass Familie verstanden als realer Lebenszusammenhang ein integrales Element unserer Gesellschaft darstelle, weshalb Angehörige moralisch verpflichtet seien, den Verbund nicht negativ zu beeinflussen. Auch wenn das nicht nachweisbar, sondern nur hinreichend plausibel wäre, würde durch entsprechende Häufigkeit des Inzests unser tief eingepprägtes Bild einer Familie erodieren. Allein die Möglichkeit die Familie zu stören, mache Inzest damit moralisch fragwürdig. Dies begründe das moralische Verdikt des unerlaubten Risikos ausgehend von der postulierten Negativwirkung der Beziehung. Des Weiteren begründe dies damit auch ein Prima-facie-Verbot der Handlung im Allgemeinen.

Der Meinung der Kritiker widersprechend, sieht der Ethikrat eine empirische Evidenz dafür, dass inzestuöse Beziehungen in der Regel aus destruierten Familienverhältnissen entstehen. Somit sei Inzest keine Ursache, sondern Folge eines bereits gescheiterten, nicht mehr existenten Familienbunds. Diese Liebesbeziehungen können entsprechend ebenfalls als schützenswertes Gut betrachtet werden. Der Rat ist sich jedoch uneinig darüber wie ein neuer, inzestuös geprägter Familienbund gewertet werden soll. Er erfülle einerseits zwar nach unserem heutigen Verständnis das Bild einer Familie als Ursprung liebevoller Fürsorge, die ein elementarer Bestandteil der Sozialisierung und Persönlichkeitsentwicklung eines Kindes ausmache. Andererseits, kann dieser inzestuöse Familienbund auch als Infragestellung der Integrität der Familie verstanden werden.

Dritter, und damit letzter Aspekt gegen eine Legalisierung sei die soziale und psychologische Funktion des Tabus, die durch ein Verbot vermeintlich aufrechterhalten werde. Es werde angenommen, dass ein positiver Zusammenhang zwischen der Legalisierung des Inzests und der Häufigkeit bestehe. Demnach würde eine Aufhebung des Verbotes eine potenzielle Zunahme der Häufigkeit bedeuten. Es wird an dieser Stelle eingewendet, dass der Mensch tendenziell eine gewisse natürliche Inzestaversion habe (vergleiche Edward Westermarck). Damit neigen Geschwister nicht zum Inzest, sofern diese zusammen aufgewachsen seien und einander als Bruder und Schwester kennengelernt haben. Folglich werde in dem Gegenüber kein möglicher Sexualpartner gesehen.

Kritiker einer Gesetzeslockerung behaupten, das Gesetz fungiere als eine Art Generalprävention, deshalb könne eine Lockerung ein falsches Signal bedeuten. Dieses Argument sei nicht haltbar, da erstens dieses Tabu in vielen anderen Staaten ohne gesetzliches Inzestverbot gleichsame Stärke habe und zweitens bestehe die angesprochene natürliche Inzesthemmung, weshalb nicht von einer Enttabuisierung ausgegangen werden könne. Daneben lasse sich das Tabu in der strengen Form nur für Inzest zwischen zusammen aufgewachsenen Geschwistern feststellen. Inzest tritt aber in der Regel in destruierten Familienverhältnissen auf, sodass teilweise kein Tabu existiere.

Halbwertzeit eines Tabus

Auf Grundlage dieser detaillierten Untersuchung empfiehlt die Mehrheit des Deutschen Ethikrates grundlegend eine Lockerung des Gesetzes und eine teilweise Spezifizierung bzw. Präzisierung des geltenden Gesetzes. Zuvörderst solle die Strafbarkeit des einvernehmlichen Inzests zwischen erwachsenen Geschwistern entfallen. Daneben sieht der Rat Handlungsbedarf bei der inzestuösen Beziehung mit einem Minderjährigen. Es wird empfohlen, dass bei Vorliegen eines destru-

ierten Familienverhältnisses, die Strafbarkeit entfallen solle, wenn einer der Partner noch nicht die Volljährigkeit erreicht habe, aber älter als 14 Jahre sei. Allerdings mache sich bei Vorliegen eines intakten Familienverhältnisses der volljährige Partner für jede sexuelle Handlung strafbar. Was gleichzeitig eine Präzisierung des geltenden Rechts bedeutet, da diese Empfehlung nicht nur den Beischlaf betrachtet, sondern sexuelle Handlungen jeder Art.

Inzest ist ein relativ seltenes Phänomen, tendenziell marginal vorkommend. Tatsächlich gibt es sehr wenige Fälle in der Historie, die verurteilt wurden. Durch die neue Regelung der Samenspende, an der das Bundesverfassungsgericht federführend mitgewirkt hat, sowie den neuen Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme, wird sich die Häufigkeit der Suche nach Familienmitgliedern steigern. Diese sukzessive zunehmende Entwicklung zeichnet sich bereits ab. Diese offensichtlich destruiert vorliegenden Familien bedeuten zugleich eine mangelhafte geschwisterliche Beziehung, da die Kontaktaufnahme in der Regel erst im Erwachsenenalter geschieht. Mögliche Ähnlichkeiten in der Erscheinung können eine gewisse Attraktivität ausstrahlen, weshalb gerade vor dem Hintergrund, dass diese Geschwister sich nie als solche kennengelernt haben, sexuelle Beziehungen entstehen können. Der Deutsche Ethikrat hat diesen Aspekt aufgegriffen und erfolgreich den Versuch gewagt, die teilweise nicht begründbare Strafbarkeit des Inzests sachlich sowie ethisch und moralisch fundiert zu diskutieren. Daneben hat der Rat den bedeutenden Schritt gewagt, die gesellschaftliche Stigmatisierung und Diskriminierung dieser Menschen als unhaltbar auszuweisen. Da dies häufig auf Vorurteile und Missverständnisse zurückgeht, wird bei näherer Betrachtung und Erklärung deutlich, dass inzestuöse Beziehungen nicht Ablehnung, sondern eher Mitleid in ihrer momentanen Situation erfahren. Das beobachtbare und eingangs besprochene Verhalten von einigen Medien und Politikern, erweist sich vor dem Hintergrund der probaten Analyse und sauber geführten Argumentation des Ethikrates als nicht konstruktiv und rational, sondern eher bewegt von emotionalen Motiven und einer gewissen Borniertheit. Da diese Debatte um die Empfehlung des Ethikrates den Eindruck erweckte, dass sie mit einer gewissen Süffizienz übergegangen oder stark polemisiert wurde, ist eine erneute, konstruktiv geführte Debatte notwendig.

Fabian Frymark

- Universität Mannheim -

Choosing Partners

Lessons taught by the China-Sudan international relationship

Omar al Bashir, President of Sudan, said to the official Chinese news agency Xinhua in 2011, that „When the American companies refused to work in the oil fields, and when restrictions were imposed on the Western companies operating in Sudan, we found in China as our true partner“. After the US government imposed sanctions on Sudan, partly because of its ties to terrorist organizations, most Western energy companies sold their holdings in the oil fields of Sudan, and China invested in oil fields in their place. This is one among many examples of growing involvement of China in Sudan over the past decade.

China uses foreign relations and trade with developing countries in Africa as a source of raw materials for energy production and

conservation of the vital growth of the economy of the state. In exchange for the regular supply of oil from Sudan, China loans Sudan billions of dollars to improve the country's infrastructure and refinery sites. China has built Sudan a powerhouse among other hydro-electric plants, a new airport and has developed the textile industry as well as the country's weapon industry.

An essential part of China's foreign policy is not to intervene in internal conflicts, as long as it does not threaten China's economic interests. This policy is reflected in its support of Sudan during the genocide in Darfur. China has objected to non-military sanctions on Sudan, thus protecting the trade relations between them. In this case and many other cases, China has taken a political stance in

accordance with economic needs with complete indifference towards values such as human rights.

Recently, there has been much opposition to the Chinese involvement in the Israeli economy. They argue that Chinese companies were sharing key building blocks in the Israeli economy and the Israeli strategy was only to serve Chinese interests that were often in conflict with the interests of Israel.

The Foreign Minister of Israel, Lieberman, said on November 13th that Israel was „seeking additional allies with common interests“. While European boycott continues to grow and threatens the economic strength of the Israeli economy, as well as the fact that the US is not satisfied with the progress of negotiations with the Palestinians, Israel must

find new allies. The Chinese are potential allies, given especially that they have proven their loyalty in the past, as in the case of Darfur, as long as they have a significant economic interest in the country.

We believe that Israel needs to strengthen economic ties between the two countries and make the China-Israel Relationship become equally strong as the China-Sudan Relationship. Through these relations, Israel could gain support from an additional member of the Security Council to support it, regardless of its political decisions.

Daniel Herman und Yoav Rosenberg
-Tel Aviv University -

Das Schweigen der Richter

Obwohl ihnen die Investorenschutzklausel Parteilichkeit unterstellt, melden sich deutsche Richter in der Debatte um TTIP und CETA kaum zu Wort

Seit gut zwei Jahren erregen die geplanten Freihandelsabkommen der EU mit den Vereinigten Staaten von Amerika (TTIP) und Kanada (CETA) die Gemüter. Neben der Sorge um die Absenkung verbraucher- und umweltschützender Standards, steht vor allem die geplante Investorenschutzklausel im Mittelpunkt der Kritik. Bei Investitionsschutzabkommen handelt es sich um eine rechtspolitische Materie, die in ihrer gut fünfzigjährigen Geschichte in der Öffentlichkeit kaum Beachtung gefunden hat. Dennoch scheint nun beinahe jeder eine Meinung zu Sinn und Unsinn solcher Regelungen zu haben. Jeder außer der deutschen Richterschaft.

Schweigen

Während zahlreiche NGOs und inzwischen auch Politiker in teils schwarzmalischer Weise vor einem Ausverkauf des Rechtsstaats an globale Konzerne warnen, preisen besagte Konzerne und ihre Rechtsanwälte Investor-State-Dispute-Settlement („ISID“) -Klauseln als rechtsstaatlichen Fortschritt. Dabei verfolgen Gegner und Befürworter öffentlichkeitswirksam jeweils ihre berechtigten politischen und kommerziellen Interessen. Aus der Richterschaft gibt es dagegen keine vernehmbaren Stimmen. Dabei gibt der Deutsche Richterbund sonst regelmäßige Stellungnahmen zu verschiedensten Gesetzesvorhaben und sonstigen Maßnahmen ab. Zu den geplanten Investorenschutzklauseln

formuliert er allerdings keine eigene Position. Dabei unterstellt die Möglichkeit von ISID der gesamten Richterschaft - wenn auch nicht ausdrücklich - implizit, dass sie bei Verfahren voreingenommen gegenüber ausländischen Investoren urteilen würden.

ISID-Klauseln

Warum ist das so? Der Sinn hinter ISID-Klauseln besteht darin, ausländische Unternehmen vor unrechtmäßiger Enteignung durch den Gaststaat zu schützen, sowie das Recht auf ein faires, rechtsstaatliches Verfahren („fair and equitable treatment“) im Gaststaat sicherzustellen. Das Eigentum wird in Deutschland bereits durch Art. 14 GG geschützt und eine Enteignung ist nur gegen Entschädigung rechtmäßig. Als „Jedermann-Grundrecht“ gilt Art. 14 GG für ausländische Investoren in gleichem Umfang wie für Deutsche. Das Recht auf ein faires und rechtsstaatliches Verfahren wird durch Art. 19 Abs. 4 GG und Art. 103 Abs. 1 GG ebenfalls gegenüber jedermann, also auch ausländischen juristischen Personen gewährleistet. Meint ein Investor, eine Enteignung sei rechtswidrig, fühlt er sich für eine rechtmäßige Enteignung nicht ausreichend entschädigt oder in seinen Verfahrensgrundrechten verletzt, kann er also dagegen die gerichtlichen Instanzen anrufen und gegebenenfalls Verfassungsbeschwerden erheben. Damit ist er in gleicher Weise wie ein Inländer vor staatlicher Willkür geschützt.

Ungeheuerlicher Vorwurf

Anders als ein Inländer bekommt ein ausländischer Investor durch ISID-Klauseln aber noch eine zusätzliche Rechtsschutzmöglichkeit: Er kann vor einem internationalen Schiedsgericht mit der Begründung auf Schadensersatz klagen, der inländische Richter habe die genannten Rechte verletzt. Diese Erweiterung des Rechtsschutzes ist nur durch die Annahme zu erklären, ein ausländischer Investor würde durch die Richter des Gaststaates anders und schlechter behandelt als ein Inländer.

Ein ungeheuerlicher Vorwurf, den ein Richter, wenn persönlich damit konfrontiert, wohl empört zurückweisen würde. Wird das Verfahren nach den ICSID-Regeln unter dem Dach der Weltbank geführt, ist eine Einleitung des Verfahrens bereits vor Ausschöpfung der Rechtsschutzmöglichkeiten des Gaststaates möglich. Das heißt, die Unterstellung betrifft ultimativ jeden einzelnen Richter und nicht nur BGH- oder Verfassungsrichter. Ex-Weltbankpräsident Robert Zoellick belegt diese Unterstellung, wenn er sagt: „Als wir Amerikaner ein Handelsabkommen mit Australien verhandelten, haben wir diese Klausel weitgehend rausgelassen, denn Amerikaner vertrauen australischen Gerichten und umgekehrt.“

Dennoch hat sich bisher seitens der deutschen Richterschaft nur der Verfassungsricht-

ter a.D. Siegfried Broß öffentlich gegen eine ISID-Klausel ausgesprochen und ist dabei auch nicht auf die implizite Unterstellung der Parteilichkeit eingegangen. Dass sich aktive Richter nicht äußern, mag daran liegen, dass die Richterschaft traditionell Zurückhaltung bei der Bewertung von Gesetzesvorhaben übt, die sie gegebenenfalls einmal anzuwenden hat oder über deren Rechtmäßigkeit sie einmal urteilen muss. Angesichts der Schwere des impliziten Vorwurfs mutet ihr Schweigen aber dennoch seltsam an. In der Geschichte der Bundesrepublik haben sich die Gerichte inzwischen als verlässliche Hüter des Rechts bewährt und schrecken nicht davor zurück, Exekutive und Legislative in ihre verfassungsmäßigen Schranken zu verweisen. Auch die Fähigkeit zur Selbstkorrektur haben sie immer wieder unter Beweis gestellt. Einzelne bedauerliche Ausnahmen scheinen weder zahlreich noch schwerwiegend genug, um eine Neuregelung zu rechtfertigen, die dafür eine nichtstaatliche Instanz zum Herrn über Recht und Unrecht macht. Die deutschen Richter können und sollten mit dieser Tradition selbstbewusster umgehen. Die Geister des internationalen Investorenschutzes haben sie durch ihre Spruchpraxis nicht gerufen.

Fabian Kunkel

Impressum

SO KÖNNT IHR BEITRAGEN:

Beiträge und Fragen einfach per E-Mail an: politik-gesellschaft@law-school.de. Eine aktuelle Artikelvorlage lassen wir euch jederzeit gerne zukommen. Einsendeschluss für die nächste Ausgabe ist der XX.YY.2015.

Die PuG ist eine Zeitung von Studierenden für Studierende. Gründungsort und Sitz der PuG ist die Bucerius Law School in Hamburg. Autoren und Künstler, deren Herkunft nicht gesondert ausgewiesen wird, sind Studierende der Bucerius Law School. // The PuG is a newspaper by students for students.

It was founded and it is based at Bucerius Law School in Hamburg, Germany. Authors and artists whose home institution is not explicitly mentioned, are students from Bucerius Law School.

Besonderer Dank gilt der:



Insbesondere ihrem Vorstandsvorsitzenden Herrn Prof. Dr. Michael Göring

Redaktionsleitung:

Marc Philip Greitens
Lukas Schlegel

Redaktion:

Felix Bassier
Clara Belting
Louissa Fleischhut
Danilo Flores
Constanze Hünting
Sophia Schamberg
Niclas von Horsten

Layout und Design:

Flemming Kilian

Mitarbeit und Lektorat:

Franziska Mathée

V.i.S.d. § 8 HmbPresseG:

Politik und Gesellschaft e.V.
Jungiusstraße 6
20355 Hamburg

ISSN 1862-0213

Alle Beiträge erscheinen, wenn nicht anders gekennzeichnet, exklusiv in Politik & Gesellschaft. Die dabei vertretenen Ansichten sind solche der Autoren; sie spiegeln nicht zwangsläufig die Ansichten der Redaktion oder der Bucerius Law School wider.

GESELLSCHAFT

Warum wir weiterkämpfen müssen

Denkanstöße zu Gleichberechtigung und Feminismus in Deutschland in 2015.

Eine der wichtigsten Lektionen aus fast 10 Jahren Kampfsportenerfahrung ist diese: die Vermeidung der Eskalation ist dort, wo sich ein Konflikt anbahnt, oft die beste Selbstverteidigung. Auch im Alltag nutze ich das Wissen, dass ich erst beschwichtigen, dann ausweichen und erst im Notfall zum Angriff übergehen sollte. Anders liegen die Dinge allerdings im Wettkampf. Denn dort ist der Konflikt unausweichlich und das Ziel eindeutig: Ich will gewinnen. Und so ist Ausweichen langfristig keine Lösung, sondern ich muss punkten, das heißt angreifen, antäuschen, ausweichen, wieder angreifen. Alles geben, selbst wenn ich führe – bis der Schiedsrichter das Ende des Kampfes ankündigt, denn erst dann hab ich gewonnen.

Wenn Frauen, Migranten oder Menschen mit Behinderungen danach verlangen, gleichberechtigter Teil unserer Gesellschaft zu sein, begeben sie sich in einen Konflikt mit dem Rest der Gemeinschaft. Sobald die Forderung nach Gleichberechtigung einmal ausgesprochen ist, befinden sich diese Gruppen in der Auseinandersetzung, im Wettkampf, miteinander. Es geht um Macht, Mitsprache- und Gestaltungsrechte, um Schutz. Ein solcher Konflikt endet erst, wenn die Ungleichheit tatsächlich aufgehoben ist, und die jeweilige traditionell benachteiligte Gruppe aufhört, benachteiligt zu sein, sich der Streitgrund also auflöst. Vorstellbar ist auch, dass die aufbegehrende Gruppe vor Erreichung ihres Ziels den Kampf aufgibt und somit seine Ursache, die Ungleichheit, nicht behoben ist. In diesem Fall hätte der dominante Teil der Gesellschaft seine übergeordnete Stellung erfolgreich verteidigt.

Glaubt man der Anti-Feminismus Kampagne der AfD hat sich der Konfliktgrund „Benachteiligung der Frau“ bereits aufgelöst und die Frauen sind gleichberechtigter Teil der Mehrheitsgesellschaft geworden. Friede Freude Eierkuchen also. Ich kann meine Faustschoner einpacken und nachhause gehen. Aber entspricht das der Wirklichkeit?

Ein Beispiel: Als Frau fehlt es mir auch heute immer noch an Vorbildern: Politikerinnen, Unternehmerinnen, Fernsehköchinnen, weibliche Comedians und Vorgesetzte. Nicht, dass es sie nicht gäbe, doch sie stellen immer noch die Ausnahme dar, sie existieren nicht „en masse“. Und diejenigen, die es gibt, werden manchmal als Superfrauen oder Überfrauen oder, am schlimmsten, als Mannsweiber beschrieben. Das klingt für mich nicht nach Normalität und deshalb wage ich, den Optimisten von der AfD zu widersprechen: Ich glaube, die Frau befindet sich in Deutschland noch auf der Kampfmatte. Die letzten Minuten laufen und noch ist nicht geklärt, ob sie gewinnt oder kurz vorm Ziel aufgeben wird.

Obwohl das Gesetz der Frau im Allgemeinen verspricht, dass sie die gleichen Chancen und Rechte besitze wie ein Mann, sieht die Realität doch anders aus. Ich glaube, dass die Frau mit einer besseren Kampfstrategie der Verwirklichung des gesetzlichen Ideals schneller näher kommen könnte. Zuerst muss sie an sich selber arbeiten. Dann kann sie versuchen, die Spielregeln zu ändern, denn die sind zu ihren Ungunsten gemacht.

Step 1 - Das eigene Vorurteil erkennen

Frauen und Männer sind nicht gleich. Wir sind fraglos biologisch unterschiedlich. Auch zeichnen wir uns durch geschlechterspezifische unterschiedliche Verhaltensweisen aus. Inwieweit diese kulturell und sozial bedingt oder uns natürlich gegeben sind, ist umstritten. In jedem Fall ist klar, dass Männer in Europa über Jahrtausende hinweg das öffentliche Leben beherrscht haben. Politik, Handel, Bildung, Kriegsführung sind alles Bereiche, in denen „schon immer“ nahezu ausschließlich Männer mit Männern interagiert haben. Deshalb mussten sie lernen, zu verhandeln, zu kooperieren, sich zu vernetzen, zu führen und sich durchzusetzen. Sie waren für die finanzielle Absicherung der Familie verantwortlich, für ihre Repräsentation nach außen sowie ihre physische Sicherheit. Frauen auf der anderen Seite waren über Jahrtausende in den Bereich der Familie verbannt. Nur dort konnten sie Einfluss ausüben und sich entfalten. Abgeschottet von anderen Frauen, die nicht Teil der Familie oder der unmittelbaren Nachbarschaft waren und abhängig vom beruflichen Geschick ihrer Männer. Ruhm konnten sie, wenn überhaupt, nur indirekt durch die Erfolge ihrer Ehemänner oder Söhne erlangen und Macht im Normalfall nur, indem sie die Männer um sie herum beeinflussten.

Wir mögen diese Geschichte des Geschlechterverhältnisses heute gerne genau als solche, nämlich als Geschichte, abstempeln: etwas Vergangenes, Abgeschlossenes, nicht mehr Relevantes: doch das wäre naiv. Denn sie lässt uns nicht unberührt, sondern beeinflusst noch immer unsere Vorstellung vom perfekten Partner, Vorgesetzten und davon, was eigentlich „männlich“ ist. Genauso entstammen unsere Idealvorstellungen von Frauen im Allgemeinen, Müttern und Partnerinnen im Speziellen nicht dem Zufall, sondern einer Kombination aus Eigenerfahrung und gesellschaftlichen Normvorgaben, die wiederum kulturell und geschichtlich bedingt sind.

Diese Beeinflussung durch traditionelle Geschlechterdefinitionen lässt sich heute in Deutschland am Beispiel junger Familien erkennen. Noch immer entscheiden sich bei Paaren mit Kindern, bei denen beide Partner berufstätig sind, mehrheitlich die Frauen dazu, von der Elternzeit Gebrauch zu machen und Karriere Nachteile in Kauf zu nehmen. Selbst in Fällen, bei denen Mann und Frau die Elternzeit untereinander aufteilen, folgen sie zumeist dem Standardmodell 12+2, nach welchem sie 12 Monate zuhause bleibt, er aber nur zwei.

Verschiedene Studien zu dem Thema stimmen darin überein, dass diese Verhaltensmuster oft auf Schranken in den Köpfen der jeweiligen Beteiligten beruhen. Auf der einen Seite erachten viele Männer es noch immer als ihre Aufgabe, die finanzielle Sicherheit der Familie zu garantieren und können sich deshalb nicht vorstellen, für längere Zeit in Teilzeit zu arbeiten oder sich ganz der Kindererziehung zu widmen. Auf der anderen Seite haben Väter, die die traditionelle Rollenverteilung selbst ablehnen und bereit sind, beruflich zurückzutreten, um mehr Zeit mit den Kindern zu verbringen, oft gleich an zwei Fronten mit starkem Widerstand zu kämpfen. Zum einen fehlt vielen Arbeitgebern das Verständnis für männliche Angestellte, die ihren Anspruch auf Elternzeit geltend machen wollen. Mobbing oder Jobverlust können das Ergebnis sein oder

eben, wie vermutlich in den meisten Fällen, die Aufgabe dieser Ambition seitens der Väter und die zwangsweise Rückkehr zur traditionellen Rollenverteilung. Zum anderen fällt es vielen Frauen unerwartet schwer, die Kindererziehung ihren Partnern zu überlassen. Denn unbewusst werden wir oft noch von der Idee beherrscht, dass eine Frau mit Kindern zuallererst Mutter ist und dieser Aufgabe durch Präsenz daheim gerecht zu werden hat. Ob wir nun zur Kindererziehung tatsächlich besser geeignet sind als unser Partner, spielt dabei eine untergeordnete Rolle. Wir haben es eben zu sein. Und so müssen Männer heute oft auch ihren Partnerinnen gegenüber dafür kämpfen, mehr Zeit mit den Kindern verbringen zu können.

Frauen müssen also lernen, die eigenen Ansprüche an sich selbst zu hinterfragen, wenn ihnen der Beruf und die Familie gleichermaßen wichtig sind. Denn die eigene Familie zu lieben und ihr gerecht zu werden, heißt schließlich nicht automatisch, dass man so viel Zeit wie möglich mit ihr verbringen muss. Im Gegenteil, Kinder werden durch das Vorbild ihrer Eltern geprägt und verinnerlichen dabei auch das gegenseitige Verhältnis und die unterschiedlichen Rollen von Mutter und Vater. Der Großteil unserer Generation ist von Teilzeitmüttern beziehungsweise Hausfrauen und Vollzeitvätern großgezogen worden. Heute fällt es ihnen als jungen Eltern schwer, nicht in dieselben Muster zurückzufallen. Dem zu folgen, was immer schon war und was noch immer gesellschaftlich anerkannt ist und strukturell gefördert wird, ist natürlich die einfachste Option. Aber wenn wir wollen, dass unsere Söhne und Töchter gleichberechtigt und vorurteilsfrei aufwachsen, dann dürfen wir es uns nicht so einfach machen.

Beide, Frauen und Männer, sollten weiter für ihre Gleichberechtigung kämpfen, auch und vor allem gegen den Feind im eigenen Kopf, das Vorurteil über die eigene Rolle und die des Partners.

Step 2 – Sich als Teil einer Interessensgemeinschaft verstehen und solidarisch handeln

Die Erreichung der Gleichberechtigung der Frau in der Gesellschaft hängt aber nicht nur von sozialen Faktoren ab, sondern ist auch strukturell bedingt. Es genügt nicht, dass die Gleichberechtigung im Gesetz und in unseren Köpfen hergestellt wird, sondern sie muss sich auch in einer tatsächlichen Gleichstellung realisieren. Quoten und andere Begünstigungen können immer nur von temporärer Natur sein. Denn Frauen wollen nicht und das ist vielleicht ein Grund, warum viele Frauen sich heute (leider!) gegen den Feminismus aussprechen, ewig Opfer sein und abhängig von einem Staat, der ihren „natürlichen“ Nachteil generöser Weise künstlich ausgleicht; sondern wir wollen tatsächlich genauso ein mächtiger und fähiger und selbstbestimmter Teil dieser Gesellschaft sein, wie Männer es sind. Dazu müssen wir aktive Aufholarbeit leisten. Denn echte Macht wird nicht zugeteilt, sondern erlangt, sie muss eingefordert und erkämpft werden. Ja, das ist schwer für uns. Das Wort „Macht“ an sich ist vielen Frauen zuwider. Während sie sie in anderen anerkennen mögen, würden sie diese Eigenschaft nie für sich selbst beanspruchen. Genau hier liegt das größte Problem der modernen Frau. Das größ-

te Hindernis auf ihrem Weg zu wirklicher Gleichstellung.

Wir, als gesellschaftliche Gruppe, sind es nicht gewohnt, im gleichberechtigten Wettbewerb mit Männern zu stehen. Zum einen ist unser geschlechtsspezifisches erlerntes Verhalten nicht darauf gepolt, im nichtprivaten Bereich mit Männern und anderen Frauen zu konkurrieren und uns durchzusetzen. Zum anderen ist die Welt, in der wir nun per Gesetz die gleichen Rechte besitzen, die des öffentlichen Lebens, eine, die nicht für uns gemacht ist. Sie wurde von Männern für Männer geschaffen und deshalb sind uns ihre Regeln fremd: Umgangsformen, Verhaltenskodices, Machtstrukturen usw. sind männlich geprägt. Jungen lernen schon früh, wie sie zu sein haben, um in dieser Welt erfolgreich zu sein. Die Eigenschaften, die man traditionell als typisch männlich bezeichnen würde, zum Beispiel physische Stärke, Entschlossenheit, Rationalität und Durchsetzungsvermögen, sind solche, die dem Erfolg im beruflichen und gesellschaftlichen Leben, förderlich sind. Während bei Frauen oft jene Fähigkeiten als erstrebenswert angesehen werden, die die Wahrscheinlichkeit erhöhen, einen „guten“ Partner an sie zu binden oder solche, die im Bereich der Familie als wichtig gelten: Schönheit, Emotionalität, Güte, Geduld usw.

Das bedeutet: Schon unsre eingefleischten Rollenbilder verschaffen Jungen einen Vorteil gegenüber Mädchen, wenn es darum geht, später im Beruf erfolgreich zu sein. Es stimmt zwar, dass Mädchen in der Bildung inzwischen aufgeholt haben, aber bei Auswahlgesprächen und später in Verhandlungen um den Karriereaufstieg oder die Gehaltserhöhung kommt es den Männern noch immer zugute, dass ihnen von kleinauf beigebracht wird, sich gegen Konkurrenten durchzusetzen, bei Konflikten nicht emotional zu werden, Stärke und Selbstüberzeugung zu zeigen. Weibliche Zurückhaltung und Bescheidenheit stellen in solchen Situationen einen klaren Nachteil dar. Hinzu kommt, dass Männer zum Teil auf Jahrhunderte alte Netzwerke und Foren zurückgreifen können, in denen die Mächtigen ihren Nachwuchs schulen, sich inoffiziell miteinander treffen, kooperieren und Absprachen treffen und die Kultur der Macht in unserer Gesellschaft prägen: Studentenverbindungen, Schützenvereine und die Rotarier sind Beispiele. Frauen mögen inzwischen teilweise Zugang zu diesen Foren gewinnen, doch sind diese noch immer männerdominiert und Foren von ähnlichem Einfluss und bundes- und weltweiter Vernetzung von Frauen für Frauen existieren nicht.

Frauen sehen einander oft nicht einmal als Teil ein und derselben Interessengruppe. Einige von uns glauben, dass sie beruflich zu anderen Frauen in noch ärgerer Konkurrenz stünden als zu Männern. Tatsächlich würden wir als Gruppe aber davon profitieren, wenn so viele Frauen wie möglich in Führungspositionen gelangten. Denn nur, wenn wir einen beachtlichen Anteil dieser innehalten (die viel beschworenen 30%), können wir als Gruppe die gegebenen gesellschaftlichen Strukturen ändern.

Das ist das Ziel. Momentan sind wir Frauen noch dabei, uns an die gegebenen Strukturen

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

anzupassen. Oft scheint es, als müssten wir männlicher werden, um beruflich erfolgreich zu sein. Wenn aber Unternehmen und die Politik weiblicher würden, müssten wir uns nicht mehr verrenken, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Das Ziel muss eine Gesellschaft sein, in der Männer und Frauen die Familienplanung und berufliche Entscheidungen nicht mehr vom eigenen Geschlecht oder dem des Partners, sondern von individuellen Umständen abhängig machen: Dem Einkommen der jeweiligen Partner zum Beispiel – natürlich ist dies nur dann wünschenswert, wenn der Verdienst selbst sich geschlechtsunabhängig ergibt. Unternehmen sollten wegen nicht mehr davor zurückschrecken, junge Frauen einzu-

stellen und beruflich zu fördern, sondern generell damit rechnen, dass Angestellte jeden Geschlechts potentiell elternzeitbedingt ausfallen könnten und sich entsprechend darauf einstellen.

Um diese Ziele zu erreichen, müssen Frauen gemeinsam für ihre Interessen eintreten. Sie müssen sich beruflich miteinander vernetzen, Erfahrungen austauschen, Förderprogramme für Nachwuchstalente gründen und so weiter. Anstatt sich über die viel zu männliche Chefin oder die schlechtangezogene Kanzlerin zu ärgern, sollten wir uns darüber freuen, dass diese Personen einen wichtigen Beitrag zur Gleichstellung der Frau leisten.

Die Geschlechtergleichheit ist meines Erachtens nach ein erstrebenswertes und ein erreichbares Ziel. Für mich als Frau und als Partnerin ist es außerdem alternativlos. Denn ich möchte nicht in einer Gesellschaft leben, die mich dazu nötigt, meinen Kinderwunsch mithilfe von Social Freezing auf die Zeit nach der 40-Jahresmarke zu verschieben, um finanziell überleben und eine Karriere verfolgen zu können, die den Namen wert ist. Gleichzeitig würde meinem Partner noch immer das Recht versagt, Zeit mit seinen Kindern zu verbringen.

Denn die Gleichberechtigung der Frau bedeutet die Entlastung der Männer im Hinblick auf die finanzielle und berufliche Ver-

antwortung im Gegenzug für die Übernahme neuer Pflichten im Bereich der Familie und des Haushalts. Insgesamt führt sie zu einem ausgeglicheneren und faireren Geschlechterverhältnis und somit zu einer gerechteren Gesellschaft.

Ich denke, dafür lohnt es sich noch einmal auf die Kampfmatte zu steigen und die letzten paar Minuten durchzuhalten. Das Schöne ist, dass in Deutschland im Jahr 2015 das Ziel der Gleichberechtigung der Frau in erreichbarer Ferne liegt.

Valérie Greitens

Ehrenamt und Motivation

Erlaubt ist, was bildet.

Gibt man die Vokabel „Ehrenamt“ (im Folgenden nicht in seiner eigentlichen Bedeutung, sondern „bürgerliches Engagement“ meined) in eine der einschlägigen Suchmaschinen ein, so stößt man auf die Onlinepräsenz von Hunderten von Vereinen, Zentren und anderen Einrichtungen. In zu meist veraltetem Design stellen diese ihr Ziel dar, nennen Kontaktdaten und portraituren ausgewählte Helfer oder, anders formuliert, lassen besagte Helfer das Ehrenamt mit einer Aneinanderreihung von möglichst vielen positiv konnotierten, emotionalen Wörtern bewerben. Über die, die Hilfe erhalten, oder gar die Problematik selbst ist oftmals wenig zu lesen.

Das zeigt eine Geisteshaltung auf, die durchweg prägend in jenen Kreisen ist. Ehrenamt, so der geäußerte Anspruch, sei ein altruistisches Geben. Die Belohnung wird den Helfern dann doch noch gewährt: Ein Lächeln, Dankbarkeit, das Gefühl, sich nützlich gemacht und etwas beigetragen zu haben. Dieser nicht-materielle Lohn sei schließlich nur Resultat der Freude an altruistischem Handeln. Hinter dieser Grenze fällt die Akzeptanz dagegen steil ab. Auch kleine Verdachtsmomente sind oftmals Grund genug, die aufrechte Gesinnung anzuzweifeln. Hierbei sind zwei Gruppen zu nennen:

Junge Engagierte sehen sich oft mit dem Bild des karriereorientierten Pragmatikers konfrontiert, der lediglich seinen Lebenslauf aufbessern möchte. Ganz abwegig ist das nicht. Zu oft hört man doch den Grundsatz, dass im heutzutage obligatorisch dynamisch-sozialen „Curriculum Vitae“ Ehrenämter unabdingbar seien, und zu oft den Ratschlag, den Safariurlaub mit ein paar Stunden Mehraufwand doch als Engagement zu verbuchen. Der Mehrheit der Helfenden wird der Vor-

wurf nicht gerecht, obwohl solche Vorurteile doch einen wahren Kern in sich tragen.

Auch die zweite Gruppe erfährt aus demselben Grund Ablehnung. Vorwürfe werden nämlich auch jenen ehrenamtlich Tätigen gemacht, die aufgrund ihres Berufs die Möglichkeit besitzen, ihre Erfahrungen zu verarbeiten. Zu denken ist an Künstler, die zum Beispiel Hospizarbeit als Stoff für ihr nächstes Werk verwenden. Der verpönte Eigennutz resultiert hier, vermeintlich gegen den Grundgedanken, sogar in monetärem Gewinn.

Eine solche Verurteilung ist zum einen respektlos. Zum anderen schadet sie aber auch denen, die vom Ehrenamt profitieren. In welchem Maß die Erwartungshaltung, voller Selbstlosigkeit zu handeln, den Tatsachen entspricht, sei dahingestellt. Wichtiger ist, dass sich mit der Ablehnung jener, die aus ihrem Engagement auch eigenen Nutzen ziehen, einer zweiten, viel signifikanteren Verantwortung entzogen wird.

Handlungen im Rahmen von Engagement können sich nämlich in zwei Richtungen positiv auswirken. Zum einen wirken sie sich extern positiv aus, also gegenüber demjenigen, dem geholfen wird, und zum anderen intern. Sie vergrößern nämlich etwa den Erfahrungsschatz des Helfenden selbst. Erst beide Wirkungen zusammen bilden den Wert des Ehrenamts.

Der Nutzen durch den äußeren Effekt des Ehrenamts wird aber häufig dadurch gemindert, dass auch eine bezahlte Kraft die Tätigkeit hätte ausüben können, dass es sich um einen wenig signifikanten Einzelfall handelt oder dass – hier ist an viele politische Aktionen zu denken – das Engagement erst gar kein Gehör findet. Je schwächer aber der ex-

terne Effekt, desto mehr hängt der Wert des Engagements vom inneren Effekt ab. Dabei ist zu berücksichtigen, dass dieser zunächst auf nur eine Person, den ehrenamtlich Tätigen selbst, beschränkt ist.

Hier kommt nun der Multiplikator der Außenwirkung ins Spiel. Denn der interne positive Effekt des Engagements bleibt ebenfalls nicht auf den Helfenden beschränkt. So entfalten etwa seine während des Ehrenamts erworbenen Erfahrungen und Kompetenzen, trägt er diese wieder nach außen, direkt oder indirekt eine große Wirkung. Festzustellen ist: Gerade diejenigen, welche aus ihrem Engagement Profit schlagen und ihre Erfahrungen teilen, erreichen mitunter die größten Kreise. Und jene sollten es auch sein, die man sich zum Vorbild nimmt.

Oft wird beklagt, dass es an einer Lobby für Ehrenamt fehle. Dann aber ist es verantwortungslos, sich zurückzuziehen, in aller Stille vor sich hinzuarbeiten und diesen Status quo dadurch zu festigen. Diese Fehler begehen nicht nur die Helfer, sondern auch die dahinterstehenden Organisationen. Viel zu häufig ist deren Öffentlichkeitsarbeit noch ein Relikt des letzten Jahrhunderts, die Webseiten wenig einladend, schwer zu navigieren. Prioritäten werden hier klar falsch, nämlich zu stark auf die Hilfe gesetzt. Gefangen in vermeintlich sozialen Denkmustern existieren oft zu wenige Gelegenheiten für die Helfer, sich zu präsentieren, und zu wenige Kontakte, um wirksam Einfluss zu üben. Außendarstellung und Weiterverwendung von Erfahrungen aus Engagement müssen moderner, medial vielfältiger, effektiver werden.

Das romantische Bild der fleißigen Bienchen im Hintergrund steht größerem Nutzen entgegen. Die erste Frage vor jeglicher ehrenamtlicher Betätigung sollte daher immer lau-

ten: „Was lerne ich Neues und wie werde ich es anwenden und verbreiten können?“ Andere, vorgeschobene Begründungen, beispielsweise die Bedürftigkeit dessen, dem geholfen wird, sind schlicht unnötig. Altruismus als Entscheidungskriterium sollte schließlich nur dann eine Rolle spielen, wenn zwei Tätigkeiten hinsichtlich des persönlichen Nutzens gleichwertig sind. Und auch die Frage nach der Karriererelevanz erübrigt sich. Sie allein kann kein Entscheidungskriterium sein. Denn bei reiner „Aufplusterei“ übersteigt der Aufwand den persönlichen Nutzen.

Was heißt das nun für ehrenamtliche Tätigkeiten, die keine neuen Erfahrungen oder Kompetenzen vermitteln, sondern nur den externen Effekt vorzuweisen haben? Sollten sie gänzlich entfallen? Nein, denn eine mehr als akzeptable weitere Wirkungskategorie ist der Spaß, nicht altruistisch hergeleitet über die dankbaren Reaktionen, sondern der Spaß an der Sache. Was einem Freude bereitet, darf gerne weiter verfolgt werden, selbstverständlich einschließlich der Safari. Nur ist dann zu akzeptieren, dass man es unter derselben Kategorie wie sonstigen Spaß auch, nämlich Freizeitvergnügen, verbucht. Konträr zu gesinnungsethischen Vermutungen ist wohl kaum zu erwarten, dass die Profiteure der Hilfe sich an dieser Motivation stören werden.

Stella Hensel

An E-Mail from Israel

Some personal thoughts about our generation's responsibility.

When I first heard of „Politik & Gesellschaft“, I was studying in Canada as part of a students' exchange program, and planning to write a piece about the experience of being a guest student. Time has past and I've returned home to Israel. Not very surprisingly, Israel swept into another round of elections and the clarity of mind, that tends to characterize long trips, disappeared. If it had only disappeared, it would have been like normal. The problem is that the clarity of

mind got lost so quickly in a chaotic mix of political discussions about patriotism. I have decided that, if I am to write one thing, that will be printed and read in Germany, it needs to be about this dissonance.

People want to live freely and safely. So much I have learned in my life beyond any doubt. We live our lives in numerous ways and we shouldn't judge the ways people choose. But if it comes to discussing political systems and if we're talking about a democratic system in

particular, one way that need to be chosen is elections. It wouldn't be unreasonable to assume that the vast majority of people sees elections as a way to help us reach our goal of a free and safe life.

I watch YouTube videos produced by political parties, I see their signs in the streets, I read newspaper articles – and I come to the conclusion that western democracy doesn't deal with us, nor does it deal with our daily problems. The system we have created,

doesn't fulfil its purpose. The same goes for our economic system, which we tend to describe as capitalism. Overwhelming gaps in wealth distribution have proven its malfunctioning over and over again.

Those two systems, which we fight for, that define every aspect of our lives, don't serve us well enough. I don't have sufficient historical knowledge to say if one of them ever did,

Fortsetzung auf Seite 13

Feuilleton und Islamismus

Eine Diskursanalyse.

Der liberale Westen ist unter Beschuss. Seit dem Untergang der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten hat es keine vergleichbare Bedrohung für den Lebensstil auf der westlichen Insel der Seligen gegeben. Ähnlich wie zu Zeiten des Kalten Krieges herrscht Furcht vor einer fünften Kolonne, einer heimlichen Gruppierung im Inneren, die die Subversion des Systems betreibt. Was früher die kommunistischen Parteien von der „Partido Comunista de España“ am Atlantik bis zur griechischen „Kommounistikó Kómma Elládas“ südlich des Balkans waren, sind heute zahlreiche dezentralisierte Moscheen und Imame, die die „soumission“ der westlichen Gesellschaft predigen. Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Islamismus.

Überall verdingen sich nun Geisterjäger mit allerlei exorzistischen Theorien, die an Kernpunkten die Natur der Gefahr verkennen und gänzlich schädliche Heilversuche propagieren. Ein Blick in die ZEIT, Bastion des bildungsbürgerlichen Zeitungswesens, soll den „modus“ dieses neuen öffentlichen Diskurses über den „clash of civilisations“ veranschaulichen.

Der Journalist Ulrich Greiner schreibt im Frühjahr diesen Jahres (ZEIT 04/15) über die Konfrontation zwischen West und Mittelost. Dieser Zusammenprall gebäre zwei entgegengesetzte Reaktionen. Eine Dichotomie im klassischen Sinne also, zwei inkommensurable Positionen, die auf gänzlich separaten Prämissen beruhen und separate Folgerungen nach sich ziehen müssen. Der Kulturrelativismus stellt den einen Pol dar. Er neige „zum freundlichen Verstehen muslimischer Empfindlichkeiten“. Ihm gegenüber: der Kulturkonservatismus, der die „offensive Kritik des Islams“ und die „Verteidigung abendländischer Errungenschaften“ ermögliche.

Ersterer sei geplagt von „Fantasmen“, überbordender, ja, selbstzerstörender Selbstkritik und demütiger „Verneigung vor dem Orient“. Der andere Pol, den Greiner dem Leser wärmstens empfiehlt, betreibt hingegen auch kein „appeasement“ gegenüber dem radikalen Islam. Vielmehr erlaube er unter Rückbesinnung auf das europäisch-christliche Erbe die Abwehr des islamistischen Terrorismus. Als strahlendes Beispiel, mit dem die These vom wehrhaften christlichen Konservatismus untermauert wird, dient nichts Geringeres als die Kreuzfahrerbewegung. Die Kreuzritter hätten dazu beigetragen, „die abendländische Kultur gegen die muslimischen Feldzüge zu verteidigen“. Dass Greiner ebendieses Beispiel wählt, erlaubt tiefe Einsicht in den ideologischen Kontext der reaktionären Rückbesinnung auf vorgeblich abendländische Werte. Ausgerechnet die Kreuzzüge, dieses Faktum eines explosiven Gemischs aus nicht erbberechtigten, land-

losen, jungen Adelsöhnen und kirchlicher „deus vult“-Megalomanie, dieses Massaker nach dem Sturm auf Jerusalem 1099, in dem die Muslime in der Al-Aqsa-Moschee so zahlreich niedergemetzelt wurden, dass die Kreuzfahrer „im Blut bis zu ihren Knöcheln waten“. Ausgerechnet die Kreuzzüge, die ihren Höhepunkt 1209 in der Eroberung und Plünderung des christlichen Konstantinopels fanden, seien also der Repräsentant europäisch-christlicher Wehrhaftigkeit.

Die Thesen des französischen Journalisten Eric Zemmour weisen den Weg, den die Reaktion im 21. Jahrhundert beschreiten will (ZEIT 04/15). Antirassismus und Globalisierung seien „kriegsstiftender messianischer Fortschrittsglaube“, der letztlich zum „Krieg im Inneren der Nationen“ führe, denn wenn „zwei Völker auf einem Territorium leben, dann herrscht normalerweise Krieg“. Die logische Maßnahme zur Kriegsverhütung sei die Deportation eines der beiden Völker, eine These, der Zemmour laut ZEIT nicht widerspricht. Welches der zwei Völker das zu deportierende ist und wie zu man zu diesem Schluss gelangt, mag sich der Leser selbst denken.

Der Kulturkonservatismus ist damit hinlänglich diskreditiert. Seine gedanklichen Prämissen ruhen auf einer Ideologisierung des christlich-abendländischen Erbes, die der islamistischen Verklärung der gewaltsamen Zeit des Propheten Mohammed in nichts nachsteht.

Doch wie steht es um die andere Seite der Dichotomie? Nach Greiner ruht hier der Kulturrelativismus, dieser verweichelte, wohlstandsverwahrloste westliche Werteverfall. Kann der Westen dem Radikalismus des Islam nichts entgegensetzen außer hedonistische Dekadenz, so scheint er im sozialdarwinistischen Kampf der Lebenswelten zum Untergang verurteilt. Die „décadence“-Narrative sind hinlänglich bekannt. Von Friedrich Nietzsche über Huysmans „A rebours“ bis hin zu Oswald Spengler lässt sich eine Erzählung spinnen, nach der die Ideale des Westens ihre Zeit überdauert haben. Das Christentum, seiner mystisch-theologischen Botschaft entleert, bietet keinen Halt mehr. Der Spätkapitalismus in seiner post-post-modernen Form verurteilt den Einzelnen zu maximaler Freiheit. Maximale Freiheit grenzenlos zu konsumieren, im „cubicle“ zu schuften und seine Orientierungslosigkeit als Ausdruck höchster Unbegrenztheit zu bejubeln.

Die Fleischwerdung des Niedergangs ist „everybody's darling“ des Literaturbetriebs, Michel Houellebecq. In einem Interview mit der ZEIT verkündet Houellebecq unter Berufung auf den konservativen Soziologen Auguste Comte die Ablösung des Zeitalters

der Aufklärung durch das Zeitalter der Religionen. Auch hier findet sich die diskursprägende Dichotomie. Auf der einen Seite die vollständig kapitalisierte Kultur des Westens, auf der anderen das vitale Heilsversprechen der überindividuellen Religionen.

So also die Zwischenbilanz: die Gegenüberstellung von alterndem Westen und vitalem religiösen Fundamentalismus durchzieht das bürgerliche Gespräch. Tatsächlich lassen sich auch frische und ungewöhnliche Gegenanalysen finden, in ebenderselben Zeitung, in der die bislang am lautesten konversierenden Reaktionären ihrer Stimme zu Gehör verhalten.

Der slowenische Philosoph Slavoj Žižek zeigt in der ZEIT 03/15, wie sich der gordische Knoten der kontradiktorischen Ideengebilde mithilfe eines Rekurses auf den dialektischen Materialismus Marx'scher Prägung durchschneiden lässt. Die Dichotomie aus „saftlosem Liberalismus“ und religiösem Fundamentalismus könne, so Žižek, nur eine auflösen: eine radikale Linke, die die ökonomischen Ursprünge des religiösen Fundamentalismus adressiert.

Mag die Begrifflichkeit auch unglücklich gewählt sein, in klassischen linken Werken, die zunehmend an Bedeutung zurückgewinnen, findet sich nichtsdestoweniger ein Werkzeug zur nüchternen Analyse des sogenannten Kulturkampfes. Ohne den Fehler einer monokausalen, materialistischen Überhöhung des Seins vor dem Bewusstsein einer Vielzahl bisheriger Marx-Interpreten wiederholen zu wollen, schafft ein Blick auf die Sphäre, die Marx in der „Deutschen Ideologie“ und im „Kapital“ als „Basis“ bezeichnete, Aufschluss über den gedanklichen „Überbau“ einer modernen Gesellschaft.

Denn erst die materielle soziale und ökonomische Realität des Westens und ihre ökonomische und militärische Expansion macht die ideelle religiöse Ideologisierung materieller Problematiken möglich. Der Islamismus sei eben nicht ausschließlich, ja, nicht einmal primär, eine Reaktion auf das Säkulare, wie der sonst so luzide Berliner Philosoph Byung-Chul Han in seiner Antwort auf Žižeks Thesen (ZEIT 05/15) behauptet. Dabei verkennt er, wie so viele andere Diskursteilnehmer, dass die Entwicklung des Islamismus den entscheidenden Impuls aus dem Untergang des Osmanischen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg, der Aufteilung und Kolonialisierung des Nahen Ostens und der ökonomischen Zerschlagung und Unterwerfung der Staatengebilde durch westliche Mächte gewann.

Dass die Ausbeutung sich heute verschoben hat, wie Han konstatiert, weg von der Entfremdung von der eigenen Arbeit und

hin zur burn-out-Euphorie der Selbstoptimierung, widerspricht dem nicht. Ganz im Gegenteil. Zum einen trifft diese Aussage nicht zu auf die von der Verlockung des Islamismus betroffenen Massen der europäischen „banlieus“. Zum anderen ändert das nichts an der Intensität der Entfremdung des Einzelnen von unseren sozialen Verhältnissen. Es erklärt vielmehr die Kraftlosigkeit der ideellen Werte des Westens, die gelegentlich aus der philosophischen Mottenkiste der Aufklärung herausgezogen werden. „Die neoliberale Herrschaft versteckt sich hinter einer illusorischen Freiheit“, so Han gänzlich treffend.

Die relevante Frage verschiebt sich also dergestalt, dass die Auseinandersetzung nicht mehr auf der idealistischen Ebene eines Kampfes von Gedankengebilden – liberaler, christlich-fundierter Kapitalismus vs. totalitärer Islamismus – stattfindet. Vielmehr rückt die Frage nach den materiellen Ursachen der Entstehung einer radikalisierten, gewaltbereiten Gruppe von Fanatikern in den Mittelpunkt. Es geht um die tatsächlichen Gründe, die eine Gesellschaft erzeugen, die den Islamismus erst ermöglicht. Über die mannigfaltigen sozialen Bedingungen in Ost und West wurde andernorts hinlänglich geschrieben. Von einem politischen Ausweg aus diesen Umständen, der nicht gänzlich liberal auf den selbstverantwortlichen „pursuit of happiness“ oder reaktionäre Träume von der Deportation ganzer Ethnien setzt, lässt sich indes wenig vernehmen. Dabei mag es ebendiesen Weg geben. Solange der neoliberale Kapitalismus an den Prinzipien der ungehinderten weltweiten Expansion des Kapitals in den entgegenstehenden Winkel des Hindukuschs festhält, wird es fehlgeleitete Gegenbewegungen wie den Islamismus geben. Solange im Westen eine Gesellschaft fortbesteht, die mit den Dogmen der persönlichen Selbstoptimierung und Selbstökonomisierung an Lebenswege anknüpft, die den marginalisierten Massen für immer versperrt sein werden, wird die Attraktivität einer fundamentalistischen Religion, die alles Bestehende ablehnt, nicht abnehmen.

Erst wenn es wieder in höherem Maße möglich sein wird, alternative Gesellschaftsordnungen zu denken, wird sich neben der Analyse der Problematik auch wieder eine hoffnungsfrohe Antwort entwickeln lassen. Mit Marx - „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt darauf an, sie zu verändern“.

Amadou Sow

Fortsetzung von Seite 12

perhaps no one has. I don't have the theoretical knowledge to point out an alternative way that would serve us better. But I do know the most important mission of our generation: it is up to us to point out the problem and start thinking of a solution.

We are by far the most educated and privileged generation that has ever lived. In Europe, North America, Japan, Australia, and many more places, none of our vital needs lacks satisfaction. History has taught us that

necessity is the mother of invention. The first step is to state the problem and we are ready to do so. We need a new system. The 99% movement, protesters in Spain, Turkey and Brazil, voters in Greece, all have shown to us that we are ready to put a name on our problem. Modern revolutionaries in Ukraine, Georgia, Egypt, Tunisia and Libya showed us we needn't have fear.

It is up to the young and educated people of the western world to come up with the next

big thing. It will not be easy and it might take long, but we don't have the right to neglect this historic duty.

Amit Mittelman
- Tel Aviv University -

Der gute Tourist oder das hungrige Kind

Eine Erwiderung auf den Artikel „Der gute Tourist“ (PuG-Ausgabe Nr. 13).

In keinem Fall ist es gut, etwas hirnlos zu tun, weder beim Eimersaufen noch beim Karottenschnippeln. Aber wer sagt, dass das eine die Folge des anderen ist? Und so bleibt die Tatsache, dass man sich entscheiden muss. Reise ich in ein Land wie Kambodscha, in dem 45 % der Kinder unterernährt sind oder lieber auf die spanische Insel?

Entscheidet man sich für das erste Ziel, kommt man nicht drum herum, dem Elend hautnah zu begegnen. Wenn ein Straßenkind Sie um die Reste auf ihrem Teller bittet, während Sie längst satt sind, was denken Sie dann? Soll doch die Politik sich darum kümmern, was habe ich damit zu tun? Hat der Junge kein zu Hause, wo sind seine Eltern, wieso kümmert sich keiner? An welche Behörde soll ich mich hier wenden; ich kann doch kein Khmer. Sollen sich doch andere darum kümmern! In den meisten Fällen hat das Kind keine Eltern oder Eltern, die drogenabhängig sind oder zu arm, um Schulgeld, Schuluniform, Bücher oder das Bestechungsgeld für die Lehrer zu zahlen. Sie stecken ihre Kinder in Waisenhäuser, denn dort haben sie wenigstens ein Dach über dem Kopf und ein bisschen mehr, oder sie schicken sie auf die Straße, um zu betteln. Wer mal gesehen hat, mit welcher Freude die Kinder mit einer

geschenkten Hotel-Lunchbox wegrennen, ist um eine Erkenntnis reicher. Erkenntnisse, die man auch beim eintägigen Küchendienst gewinnen könnte, wenn man genau hinguckt, statt sich zu langweilen.

Kambodscha hat die höchste Kleinkindersterblichkeit der Region. Hunger ist deren ständiger Begleiter. Langanhaltende Mangelernährung aber schädigt nicht nur das Wachstum, sondern auch die Hirnfunktionen gerade im Kindesalter.

Und damit kommen wir zum Kern der Sache. Es gibt in Kambodscha kein soziales Netz, keine staatlichen Waisenhäuser, keine staatlichen Kindergärten und schon gar keine Üppigkeiten wie Kindergeld. Jeder der willens ist, kann ein Waisenhaus eröffnen. Selbst ein ehemaliger Militärschneider Pol Pots. Es gibt keinerlei staatliche Kontrollen. Und so werben die Einheimischen mit Flyern in den Hostels und Traveler-Treffpunkten um Hilfe bei den Touristen, denn das sind die Reichen und die Hilfsbereiten und die, die Zeit haben und die Einzigen, die etwas Nachhaltiges geben. Ich spreche nicht von Lebensmitteln, T-Shirts, Sneakern oder Musikplayern, sondern von Sprachunterricht. Obwohl die „Lehrer“ häufig wechseln, so bringen sie den Kindern doch etwas bei,

das ihre Zukunft zu verbessern hilft. Nämlich die Möglichkeit, mit der erlernten Sprache später einen Job in der Tourismusbranche oder in der Gastronomie zu ergattern. Und selbst wenn die Backpackerin nur einen Tag oder eine Woche bleibt, das Leben besteht für alle Menschen aus permanenten Abschieden. Die Kinder lernen durch die internationalen Freiwilligen die Welt kennen in die sie niemals werden reisen können und beide Seiten erweitern ihren Horizont, so sie das können und wollen. Zumal man die Kinder dieses traumatisierten bitterarmen Landes nicht unterschätzen sollte – keinesfalls – sie wissen, damit umzugehen.

Da ist es zynisch, den Kindern mangelndes Wissen über den Gebrauch einer Zahnbürste oder einer Dusche vorzuwerfen, wenn es im ganzen Heim nur eine Handpumpe für 40 Kinder gibt. (Man besorgt beim örtlichen Zahnarzt ein Lehrgebiss und einen Packen Einwegbürsten und schon hat der kleine Kambodschaner etwas fürs Leben gelernt.) Und wenn die Waschmaschine nur hin und wieder funktioniert, muss er sein Hemdchen nicht mit den Händen waschen.

Es stimmt, dass unverschämt viele Leute am Elend der Kinder verdienen. Am schlimmsten sind die ausländischen Organisationen (auch deutsche), die horrendes Geld von den

Helfern für eine Vermittlung verlangen und nichts für die Beseitigung des Kinderelends tun und natürlich die vielen einheimischen skrupellosen „Waisenhaus-Besitzer“. Das ist aber ein weites Feld, würde Fontane sagen, und eine Aufgabe, die von den Kambodschanern gelöst werden muss.

Bis dahin kann man eigentlich nur den Kindern Hilfestellung geben. Auf die kommt es schließlich an. Vor allen Dingen in der Zukunft und wenn es nur eines unter zehn ist, das profitiert. Die andere Möglichkeit wäre, sich wegzudrehen und hungern zu lassen.

Lilli Holm

- freie Journalistin, Hamburg -

Die Autorin arbeitet als freie Journalistin. Sie hat ohne jede Unterstützung einer NGO jeweils drei Monate in Waisenhäusern in Siem Reap und Phnom Penh Englisch, Französisch, Hygiene und soziales Verhalten unterrichtet.

KUNST

Gegen TTIP's Gene

Apfel. Gesund, rot, glänzend, glatt - außen.
Fad, leblos, geschmacksarm innen.

Warum? Verkauft sich besser. Produzent ließ Gene manipulieren.
Das Ding, das ich sehe, ist nicht, was ich bekomme.

Büchse der Pandora. Apfelbäume blühen. Blüten werden bestäubt. Gene vervielfachen sich. Möchte nicht den Boden ausgraben. Möchte nicht jeden manipulierten Samen finden und wieder ausbauen.

Und warum? Verkauft sich besser. Glänzt schön, riecht schön - ist kein Apfel mehr. Nicht meiner.

<Na und? Wer's nicht will der kauft's nicht.>

Natur ist kein Supermarkt. Samen überall, Blüten überall. Bienen riechen gerne. Vielleicht verkauft es sich auch an Insekten gut.

Will keinen faden Apfel. Will den, den es schon gibt.

Und warum? Verkauft sich besser. Sieht gut aus, lässt sich gut planen,
Kasse klingelt, Monopol lässt sich einrichten.

Monsanto. Gesunde Welt.

Gesund. Krank. Apfel her! Nicht den. Den echten! Den Hässlichen,
den Kostbaren.

#3

wenn ich nur eine linie wär
 wär ich krumm und verwirbelt,
 wäre eine, die wirbelt
 und rauscht über's blatt papier.
 ich käme stets von furchtbar weit her –
 „nein danke, ich bleibe nicht hier!“
 wäre kurvig, und lockig, und zottlig, verspielt
 „so schnell wie der blitz, weil's mich nirgendwo hält!“
 so schnell wie der blitz, weil's mich nirgendwo hielt
 mit dem wind in den haaren
 würd mein herz offenbaren
 der ganzen weiten welt.

wär ich nur ein ein- und winziger punkt •
 würd ich klein sein – nicht plump, aber schlicht.
 wäre einfach und tüchtig
 statt ränkesüchtig
 – intriguen gefielen mir nicht.
 ob ich größere pläne hab, würde man fragen,
 damit schwung und neugierde überschäumen
 – die antwort, gekleidet in unbehagen:
 „ich weiß es sehr wohl! ephemer ist mein leib!
 und noch bin ich flink und gesund!
 doch wofür die müh'? es ist ohne sinn,
 von mehr, von woanders zu träumen:
 das papier ist mein heim!
 hier gehöre ich hin!
 es wäre nicht schwer...
 wie gern säh ich mehr
 von der welt! doch ich bleib.
 denn hier pass ich rein.
 hier kann ich sein, wer ich bin.

und wär ich 'ne farbe
 dann ein tiefes rot.
 wie der schmerz, wie der tod,
 eine wunde vor der narbe.
 wie ein zerren am schopf,
 wie ein schwert nah am kopf.
 würd herausstürzen gar
 (unerwartet, glasklar)
 aus der seite --- es würde knirschen.
 beinahe hätte man angst vor mir,
 ich wär schnell (fast erschreckend!),
 wär entsetzlich gefräßig
 (meine flammen gierig leckend
 – wenn auch mein hunger mäßig),
 angestachelt und -gehalten von wirschen
 gedanken, impulsen, von gier.
 (nicht ganz so, das räume ich ein, makaber
 würd ich als tiefrot mich darstellen, aber
 immerhin hochdramatisch:
 worte allenfalls sporadisch
 [zwischen schlägen und hieben
 jedenfalls gut verborgen],
 wär von leidenschaft getrieben,
 würd nicht denken an morgen
 und gestern und eben –
 ich würde nur leben.)

doch ich bin keine farbe, kein punkt und kein strich.
 selbst als mensch weder held noch bösewicht!
 mein geist gelangweilt, mein körper blass –
 immerzu fehl am platz: für den fall, dass
 sommer ist, müde; im august noch schneebleich,
 zum tanzen zu grob und zum kämpfen zu weich.
 ich strecke und dehne und dreh mich herum,
 verkleide und schminke und stülpe mich um
 – doch ich bleibe gleich.
 nur die alte figur, die bekannte geschichte,
 keine linie, kein punkt, auch im düsteren lichte
 erkennbar: ein mensch. – doch es stört mich nicht:
 wenn ich lächle, glüht rot in meinem gesicht.

A dollar is what I need

Über ein Kunstwerk mitten in New York City, das zum Nachdenken anregt.

Morgens aufgewacht und wie selbstverständlich hinüber zum Café gelaufen, um den weltbesten Kaffee und eines dieser wahnsinnig luftigen Croissants zu kaufen. Drei einzelne Dollar-Scheine wandern über den Tresen, die letzten beiden gehen ihren Weg direkt von meinem Portemonnaie in das prall gefüllte Einwegglas neben den zahlreichen Teesorten. „Tip“ oder wie wir sagen, Trinkgeld, ist hier selbstverständlich. Viel selbstverständlicher als in Deutschland und auch viel großzügiger bemessen. „Du musst schon mindestens 20 % drauflegen“, so der nette Hinweis eines Freundes an meinem ersten Abend und nach einem wohlwollenden 3-Gänge Menü. Es war voll, die Bedienung hektisch und doch lässig unkonzentriert in ihrer ganz eigenen Art. Ich gebe gerne Trinkgeld, doch bis ich mich an diesen einkalkulierten Beitrag gewöhnt hatte, brauchte es dennoch seine Zeit.

Ich spreche von einer Stadt, die niemals schläft und einem Ereignis, das eigentlich nur entfernt etwas mit Trinkgeld zu tun hat und mir gerade wieder einmal in den Sinn kommt. New York hat mich schon in vielerlei Hinsicht nachdenken lassen: Konsum, Mode, Essen, ach, nennen wir es einfach die amerikanische Gesellschaft im Allgemeinen. Es gibt wohl einige Dinge, die mich bei meinem ersten Besuch in dieser riesigen Stadt mehr als verwirrt und gleichzeitig nachdenk-

lich gestimmt haben. Aber ganz besonders in Erinnerung habe ich diese eine Sache am Sonntag im August...

Fast täglich finden in Brooklyn, Williamsburg oder Manhattan Straßenfeste, Märkte und diverse Attraktionen statt, die jedem zugänglich sind. Meistens geht es hier darum, möglichst viel süßes und fettes Essen in sich zu schaufeln und dabei in geselliger Atmosphäre kein schlechtes Gewissen zu haben. Hier und da ist auch etwas Künstlerisches dabei. So auch an besagtem Sonntag, als mir die Sonne schon nach einer langen Nacht verdächtig früh ins Gesicht strahlt und mich zu genau so einem Straßenfest lockt.

Menschentrauben schieben sich hin und her, meine Begleitung und ich mittendrin. In Katerstimmung lässt sich das Ganze nur mit ausreichend Kaffee (am besten von gegenüber) und einem Muffin aushalten. Wir haben leider an diesem Morgen für beides keine Dollars mehr übrig. So denken wir in diesem Moment. Nachdem wir einige Augenblicke die Straßenkunst begutachtet, ein paar Meter weit gekommen und abgeschlagen umher getaumelt sind, fallen uns viele kleine gelblich-weiße Papierscheine auf. Sie scheinen mir zuerst einfach in der Luft zu hängen, doch dann besinne ich mich trotz meines Katers eines Besseren und hefte sie zumindest gedanklich an etwas fest. Als wir näher kommen und die merkwürdige Frei-

heit von einer immer kleiner werdenden Menschenmasse verspüren, können wir erkennen, dass die Scheine einzeln für sich an einer Hauswand befestigt sind. 1-Dollar Notizen wehen teils zerknittert und teils druckfrisch an der Hauswand.

Mein erster Gedanke ist, dass es wohl vielleicht einen Kaffee für meine Begleitung und mich zu ergattern gibt – ganz nach dem modernen Sharing-Prinzip. Nachdem ich das winzige Schild neben den Notizen gelesen habe, überkommt mich jedoch prompt ein schlechtes Gewissen. Der Hinweis, dass sich jeder einen Dollar nehmen möge, der ihn gebrauchen könne, folgt dem, dass man ja auch genauso gut eine Note hinzufügen könne, für die man gerade keinen Nutzen findet. Als ich die Dollar-Scheine wieder in den Blick nehme, fällt mir auf, wie viele doch noch unberührt an der Hauswand hängen. Ich schätze ihre Zahl auf um die hundert Stück. Mitten in Williamsburg. Der Künstler hat sich etwas dabei gedacht und genau das sprudelt uns jetzt durch den Kopf.

Wie oft haben wir die Scheine summiert und über den Tresen gegeben. Dabei sind wir doch gerade einmal einen guten Monat in der Stadt. Der Schein erinnert optisch an Spielgeld, hat so etwas von Monopoly-Geld und wird auch so behandelt. Was kann man sich hier schon für einen Dollar kaufen? Auf der anderen Seite kann man klein anfangen

und mit mehreren 1-Dollar-Scheinen dem Nebenmann schon wieder eine Freude bereiten. Wie selbstverständlich man diesen kleinen Schein behandelt, wird mir auch dadurch bewusst, dass ich keinen „einheimischen“ Amerikaner vor dieser „Installation“ stehen bleiben sehe. Es ist eben nur ein Dollar.

Mich hat es den ganzen Tag beschäftigt und schwirrt mir immer noch durch den Kopf, welch' gute Idee doch der Künstler dieses Werks gehabt hat. Zwar waren die Notizen fast alle unberührt, aber doch wusste ich nicht, was noch mit ihnen passieren, ob sie helfen oder Unruhe stiften würden. Einen kurzen Moment erwischte ich mich dabei, zu überlegen, wie ich diesen Dollar am effizientesten einsetzen könnte... Doch letztendlich ging es wohl nicht darum. Die Kunstinstallation sollte vielmehr auf etwas aufmerksam machen, das viel zu schnell in Selbstverständlichkeit übergeht. Man lässt sich mitreißen, passt sich an oder zahlt widerstandslos und unüberlegt. Ich sage nicht, dass es keinen Spaß mache oder dass es in irgendeiner Weise verwerflich sei. Und doch denke ich mir manchmal, dass es traurig ist, kein Bewusstsein mehr dafür zu haben, was uns täglich durch die Finger rinnt und im Sekundentakt den Besitzer wechselt.

Annie Schlaak

White Borders

Ein Kunstprojekt von Victoria Kurczinski und Jacob Feder.

Die Arbeit „White Borders“ wurde maßgeblich durch die Werke zweier Künstler beeinflusst. Zum einen inspirierte das Ehepaar Christo mit ihren Verhüllungswerken. Die Verwendung des Materials Stoff und die je nach Arrangement auftretende steinerne Härte oder seidige Leichtigkeit führten zu der Erkenntnis, dass ein einfaches Tuch sowohl entmenschlichende, als auch schöpferische Elemente enthalten kann.

Zum anderen waren es die Corner Portraits von Irving Penn, die eine prägende Wirkung auf diese Arbeit hatten. Penn setzt in seinen Werken den Dargestellten auf den Präsentierteller, engt ihn ein in diese dominante und übermächtige Ecke. Der spitze Winkel, die dunkle Farbe von Wand und Umgebung, all das vermittelt Betrachter und Dargestelltem ein bedrückendes Gefühl. Bei Penn muss der Dargestellte kämpfen, sich behaupten, um zu bestehen, oder aber sich geschlagen geben und in sich selbst zerfallen.

Aus der Idee, diese beiden Werke zueinander in einen Dialog treten zu lassen, entstand das Fundament für das Projekt „White Borders“.

Obwohl Christo in seinen Werken durch Verhüllung und ähnliche Methoden Neues schuf, lag ein Teil der Faszination immer auch an dem vorgestellten Gegenstand unter der Hülle. Unter anderem hieraus entstand die Idee des Refugiums, einem Ort der Geborgenheit, der Entfaltung, in gewisser Weise eine Antithese zu Penns „Corner“. Der Dargestellte steht hier für sich selbst vor weißem Hintergrund, in der völligen Freiheit sich auszudrücken, wie es ihm beliebt. Der Betrachter wird hierbei ausgeblendet, jedoch nicht etwa in einem voyeuristischen Sinne, es geht nicht um die Beobachtung wider Willen und Wissen. Vielmehr wird die Perspektive der Beobachtung auf die des Dargestellten

selbst verschoben. Es ist die Darstellung vor sich selbst und für sich selbst. Unbeobachtet für sich selbst, ohne Zuschauer und Betrachter.

Ein Kontrast zu diesen Bildern des Refugiums wird durch eine abermalige Verschiebung der Perspektive hergestellt. Diesmal verschiebt sie sich nicht etwa auf den Fotografen, sondern auf einen unbeteiligten Dritten: Auf denjenigen, der in einem hasten Moment die Person kaum begreift. Er, der durch die Straßen läuft, wie es jeder von uns tut, und dabei diejenigen um sich nicht etwa als ganze Personen begreift, sondern als bare Statisten. Es bedarf jedoch des Hinsehens, der Beobachtung dessen, was sich uns sonst verschließt. Das Tuch ist hier nicht mehr Entfaltungsraum, vielmehr verkehrt es sich in sein Gegenteil, verwehrt den Blick und schränkt ein. Es verwischt Persönlichkeit und hinterlässt reine Körperform.

Das Projekt lebt von diesem Spannungsfeld, von einem Spiel zwischen wechselnden Perspektiven des Beobachtens und des Wertens. Zuletzt werden die entstandenen Barrieren aufgebrochen, das Äußere einbezogen, die Wahrnehmung kommt in Bewegung. Diese Bilder entstanden zu einem späteren Zeitpunkt, ergänzen das Projekt also um eine neue Dimension, die auch in ihrer Interpretation sicherlich in Teilen eigenständig ist.

Victoria Kurczinski und Jakob Feder

White Borders wurde konzipiert von Jacob Feder, ausgearbeitet und durchgeführt von Jacob Feder und Victoria Kurczinski. Ein besonderer Dank geht an die Circus Schule TriBühne, die ihre Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt hat. Zuletzt muss denen gedankt werden, die dieses Projekt mit Leben gefüllt haben: Benjamin, Clara, Fiete, Jonas, Lena, Philipp, Regina, Victoria, Wiebke und Yasmin.









[Ohne Kommentar]

Wie klingelt der Affe?
KING KONG!